

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfassklasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 M (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile ober deren Raum 75 M, für Versammlungsanzeigen 50 M die Zeile.

Ein vorläufiges Lohnabkommen im Baugewerbe.

Als am 12. Februar gegen Abend die Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Reichstarifvertrages als endgültig gescheitert angesehen werden mußten, ist, wie wir bereits in Nr. 8 des „Zimmerer“ kurz andeuteten, auf Anregung des Verhandlungsleiters, Herrn Dr. Spiegelthal, zwischen den Parteien über die Lohnfrage sowie die Behandlung und Erledigung etwaiger Lohnstreitigkeiten nach dem 31. März d. J. verhandelt worden. Bekanntlich wurden durch eine Vereinbarung vom 26. November 1925 sämtliche bestehenden Lohnabkommen bis 31. März 1926 verlängert. An diesem Tage endigen somit alle Lohnabkommen; das Baugewerbe, einschließlich Beton- und Tiefbau, würde sonach in der Lohnfrage am 31. März völlig frei, an keinerlei Abmachungen gebunden sein. In dieser Tatsache, so meinte der Verhandlungsleiter, dürfe keine der Parteien achtlos vorbeigehen; nicht nur die allgemeine Wirtschaftslage, sondern auch die Lage im Baugewerbe verpflichtete die Parteien, nach einer Basis zu suchen, die nach Möglichkeit tiefgreifenden Erschütterungen der Bauwirtschaft durch Aussperrungen und Streiks vorzubeugen suche. Eine solche Aufgabe stelle natürlich an beide Parteien große Anforderungen; beide Parteien würden sich unter einen gewissen Zwang begeben müssen, wenn der Zweck erreicht werden solle. Beide Parteien sollten aber nach den hinter ihnen liegenden Kampffahren den ernstesten Versuch zu einer friedlichen Verständigung machen. Ob die Möglichkeit dazu bestehe, würden die Parteien zunächst unter sich zu besprechen haben.

Diese Anregung wurde von den Unternehmern sympathisch aufgenommen. Ihr konnten sich auch die Arbeiter nicht entziehen. In der Verwirklichung der Anregung gingen jedoch die Ansichten der Parteien vorerst weit auseinander. Die Arbeitervertreter hielten es für ausreichend, daß die im früheren Reichstarifvertrag vorgeschriebenen örtlichen und bezirklichen Schlichtungs- und Schiedsstellen wieder in Gang gesetzt, der ordnungsmäßige Instanzenweg wieder aufgerichtet und über etwaige Lohnstreitigkeiten vor diesen Instanzen verhandelt würde; schon dadurch könnte vielen Konflikten von vornherein begegnet werden. Die Arbeitervertreter waren aber auch nicht gänzlich abgeneigt, nötigenfalls einer allerdings ganz kurzfristigen Verlängerung der Lohnabkommen ihre Zustimmung zu geben. Allein dem widersprachen die Unternehmer. Sie lehnten nicht nur eine Verlängerung der Lohnabkommen ab, sondern wollten auch die örtlichen und bezirklichen Schlichtungsstellen ausgeschaltet und die endgültige Entscheidung in eine zentrale Schlichtungsstelle gelegt wissen. Sie brachten einen in diesem Sinne gehaltenen Entwurf in Vorschlag, der bis zum 31. Oktober 1926 bindend sein, das heißt für das bevorstehende Baujahr Gültigkeit haben sollte, wobei den bezirklichen Organisationen das Recht zugestanden wurde, die bestehenden Lohnabkommen kündigen, über neue Abkommen verhandeln und auch neue Vereinbarungen treffen zu können. In den Fällen, wo eine Vereinbarung nicht erzielt würde, sollte eine zentrale Schlichtungsstelle endgültig entscheiden. Ein solcher Vorschlag würde bewirkt haben, daß die Unternehmer während der Bauzeit geschützt, die Arbeiter aber gebunden und nach Schluß der Bauzeit vogelfrei gewesen wären. Die Arbeitervertreter haben durch zahlreiche Abänderungsanträge den Entwurf zu verbessern getrachtet. Vor allen Dingen war es ihnen darum zu tun, ein derartiges Abkommen so kurz wie möglich zu befristeten; es könne sich nur darum handeln, eine Notvereinbarung zu treffen, die bei Wiedereintritt auch nur einigermaßen normaler Verhältnisse erledigt sein müsse.

Die Verhandlungen, über deren einzelne Phasen wir hier nicht berichten können — mehr als einmal drohten sie aufzuliegen — haben am 13. Februar den ganzen Tag bis in die späten Abendstunden gedauert. Unsere Vertreter sind ernstlich und unablässig bemüht gewesen,

die Interessen unserer Kameraden zu wahren. Allein die Hemmungen waren ungemein stark und die am Ende geschaffene Situation für sie so zwingend, daß es unmöglich war, mehr zu erreichen als das nachstehende Abkommen:

Vereinbarung.

Die unterzeichneten Verbände schließen folgendes vorläufige Abkommen:

§ 1. Die durch das Abkommen vom 26. November 1925 verlängerten bezirklichen Lohnabkommen können spätestens am 8. März zum 31. März 1926 gekündigt werden. Sofern keine Kündigung erfolgt, gilt das bisherige bezirkliche Abkommen bis zum 30. Juni 1926 als verlängert.

§ 2. Wird ein bezirkliches Lohnabkommen gekündigt, so haben die Parteien innerhalb des Bezirks über ein neues Lohnabkommen zu verhandeln. Kommt eine Vereinbarung zustande, so gilt sie bis zum 30. Juni 1926. Falls keine Verständigung erfolgt oder das Ergebnis der bezirklichen Verhandlungen von einer Partei abgelehnt wird, so ist das zentrale Schiedsgericht bis zum 20. März 1926 anzurufen. Der Antrag ist an das Reichsarbeitsministerium, den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den Deutschen Baugewerksbund zu richten, und zwar nötigenfalls telegraphisch. Maßgebend für die Innehaltung der Frist ist der Eingang beim Reichsarbeitsministerium. Die Entscheidung des zentralen Schiedsgerichts hat bis zum 31. März 1926 zu erfolgen.

§ 3. Das von dem zentralen Schiedsgericht festgesetzte Lohnabkommen gilt bis zum 30. Juni 1926.

§ 4. Die bis zum 30. Juni 1926 gültigen Lohnabkommen können spätestens am 8. Juni zum 30. Juni 1926 gekündigt werden. Sofern keine Kündigung erfolgt, gilt das bisherige bezirkliche Abkommen bis zum 30. September 1926 als verlängert. Im übrigen finden die Bestimmungen der §§ 2 und 3 sinngemäße Anwendung.

§ 5. Das zentrale Schiedsgericht ist zuständig zur Entscheidung ausschließlich über: a) Lohnstreitigkeiten, b) Ueberstundenzuschläge und sonstige Zuschläge sowie besondere Entschädigungen, c) Art und Weise der Lohnzahlung, d) Streitigkeiten über Ortsklasseneinteilung, e) Auslegung der eigenen Schiedssprüche und dieses Abkommens.

§ 6. Die Entscheidungen des zentralen Schiedsgerichts sind endgültig.

§ 7. Sollten in laufenden bezirklichen Tarifverträgen und Vereinbarungen Kündigungsfristen oder Schiedsstellen vereinbart sein, so werden sie durch dieses Abkommen ersetzt, soweit es sich um Angelegenheiten handelt, die nach § 5 zur Zuständigkeit des zentralen Schiedsgerichts gehören.

§ 8. Das zentrale Schiedsgericht setzt sich zusammen aus einem unparteiischen Vorsitzenden, zwei unparteiischen Beisitzern, von denen je einer von jeder Partei zu bestellen ist, und aus je vier weiteren Beisitzern, die von den Parteien jeweils unverzüglich zu bestellen sind.

§ 9. Für die Dauer dieses Abkommens werden zum Vorsitzenden Herr Senatspräsident a. D. Dr. Spiegelthal und zu unparteiischen Beisitzern die Herren Landeshauptmann Dr. Caspari und Direktor Dr. Staubach bestellt. Im Falle der Behinderung eines der beiden unparteiischen Beisitzer ist von der betreffenden Partei ein Stellvertreter unverzüglich zu bestellen.

§ 10. Die Kosten des zentralen Schiedsgerichts trägt jede Partei zur Hälfte.

§ 11. Während der Dauer dieses Abkommens verpflichten sich beide Parteien, in allen den durch dieses Abkommen geregelten Fällen jegliche Kampfmaßnahmen zu unterlassen.

§ 12. Dieses Abkommen läuft bis zum 28. Februar 1927. Die Arbeiterverbände haben jedoch das Recht, bis zum 1. September 1926 gemeinsam durch eingeschriebenen Brief zu erklären, daß sie eine Verlängerung des Abkommens über den 30. September 1926 nicht wünschen. Wird seitens der Arbeiterverbände diese Erklärung nicht abgegeben, so finden für die auf den 30. September 1926 folgenden Monate die Bestimmungen des § 4 entsprechende Anwendung.

Im Falle der Kündigung endet die Zuständigkeit des zentralen Schiedsgerichts mit dem Tage der Kündigung, jedoch mit der Maßgabe, daß das zentrale Schiedsgericht gemäß § 6 des Abkommens für die Zeit bis zum 30. September 1926 entscheiden soll.

Berlin, 18. Februar 1926. (Folgen Unterschriften.)

Besondere Schwierigkeiten verursachte die Forderung der Unternehmer, die Anerkennung des Abkommens sofort zu vollziehen, andernfalls sie auch in diesem Punkte die Verhandlungen als ergebnislos ansehen müßten. Schließlich wurde nach langem Bemühen eine Erklärungsfrist bis Mittwoch, 17. Februar, abends 6 Uhr, festgesetzt. (Die Stellungnahme unseres Verbandes zu dem Abkommen erhebt aus nachstehendem Konferenzbericht.)

Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter.

Zur Entgegennahme eines Berichtes über die Reichstarifvertragsverhandlungen, besonders aber zur Stellungnahme zu dem vorstehenden Abkommen, waren die Zentralinstanzen, der Verbandsausschuß und Zentralvorstand sowie die Gauleiter zu einer Konferenz am 17. Februar nach Leipzig zusammenberufen worden. Die Konferenz wurde vom Verbandsvorsitzenden, Kameraden Schönfelder, eröffnet und geleitet. Berichterstatter war Kamerad Wolgast.

Die Konferenz stehe, so führte der Berichterstatter aus, vor einer bedeutsamen Entscheidung. Sie solle Stellung nehmen zu einem Abkommen, das in Verbandstreifen zunächst starkes Befremden hervorrufen würde, aber im Grunde genommen nur ein Produkt unserer abnormen Zeit- und Wirtschaftsverhältnisse darstelle. Zwei volle Jahre sei nunmehr über einen neuen Reichstarifvertrag im Baugewerbe ohne Erfolg verhandelt worden. Der größte Gegensatz zwischen den Parteien bestehe in der Arbeitszeitfrage. Daß im Baugewerbe, bis auf einige Abweichungen im Westen und Osten des Reiches, der Achtstundentag habe gehalten werden können, mache den Baumunternehmern, nicht minder aber der Industrie und Landwirtschaft viel Verdruß. Alle wirkten daher vereint auf den Abbau des Achtstundentages auch im Baugewerbe hin. In den wiederholten Verhandlungen während der zwei Jahre habe mehrfach das Reichsarbeitsministerium seine Hilfe angeboten; wiederholt habe es auch Unparteiische und Schlichter bestimmt, die sich um das Zustandekommen einer Verständigung, leider bisher erfolglos, bemühten. Die Arbeiterverbände seien gegenüber allen Einflüssen und Einwirkungen in der Frage des Achtstundentages steifnackig geblieben, hätten es jedoch nicht grundsätzlich abgelehnt, im Notfalle durch zuschlagspflichtige Heberarbeit vor allem den Wohnungsbau zu fördern. Redner zeigte, in welcher Richtung sich die bisherigen Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage bewegt und zu welchem Ausgang sie geführt hätten. (Vergleiche Leitartikel in Nummer 8 des „Zimmerer“.) Vereinzelt seien auch in Arbeiterkreisen Stimmen laut geworden für ein Entgegenkommen in der Arbeitszeitfrage, in der Erwartung, dadurch zu einem Reichstarifvertrag und zu einem für die beiderseitigen Organisationen erträglichen Zustand zu kommen. Allein solche Stimmen fanden nur sehr schwachen Widerhall; sie wurden von dem lauten Ruf nach Festhalten am Achtstundentag übertönt. Dieser Ruf erschalle heute stärker als zuvor, und es besage demgegenüber gar nichts, wenn, wie die Unternehmer behaupteten, hier und dort einmal einzelne Arbeiter sich freiwillig zur Längerarbeit anböten. Ein Festhalten am Achtstundentag und ein vertragsloser Zustand würden die Organisationen in harte und schwere Kämpfe verwickeln, wohingegen ein Aufgeben des Achtstundentages ganz fraglos von nicht weniger nachteiligen Folgen für die Arbeiterverbände werden würde. Beides müsse man daher in den Kreis der Betrachtungen ziehen. Mit ausschlaggebend sei jedoch, daß bei der zur Zeit herrschenden überaus großen Arbeitslosigkeit und den nur geringen Bauaussichten kein vernünftiger Mensch die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverlängerung überzeugend nachweisen könne. Trete wirklich der Fall ein, daß Arbeitermangel und Arbeitshäufung, vor allem im Wohnungsbau, ein Längerarbeiten erforderlich mache, so ließe sich dem durch Ueberstunden, wie sie die Arbeiter mehrfach angeboten hätten, bald abhelfen. Nachdem beide Parteien jedoch bei ihrem Standpunkt beharrten, mußten die Verhandlungen an diesem Punkte scheitern. In den jüngsten Verhandlungen sei ein förmlicher Notenaustausch zwischen den Parteien vor sich gegangen, ohne daß eine Annäherung erfolgt wäre. Heute könne einwandfrei festgestellt werden, daß ein Reichstarifvertrag mit für die Arbeiter günstigen Bedingungen auf dem Wege freier Vereinbarung vorerst nicht zustandekommen werde; der vertragslose Zustand mit allen seinen Widerwärtigkeiten, mit seinen ständig drohenden Kampfgefahren, würde somit fortbestehen. Besonders hierauf sei von dem unparteiischen Verhandlungsleiter auf das Eindringlichste aufmerksam gemacht und angeregt worden, die Parteien sollten nach einer Verständigung in der Lohnfrage suchen, noch bevor die bestehenden Lohnabkommen endigten. Ueber diese Anregung hätten die Parteien erst getrennt und dann

gemeinsam verhandelt. Sehr starke Schwierigkeiten hätten überwunden werden müssen, ehe es gelang, das nunmehr vorliegende Abkommen zustandzubringen.

Was bedeute nun das Abkommen? Ohne Zweifel eine starke zentrale Bindung, für die Unternehmer wie für die Arbeiter; besonders fühlbar aber für die Arbeiter. Wo die bezirklichen Lohnabkommen gekündigt würden und eine Vereinbarung nicht erfolge, entscheide das zentrale Schiedsgericht endgültig; Kampfhandlungen seien ausgeschaltet. Hieran besonders würden unsere Mitglieder Anstoß nehmen. Bisher sei bei der im August vorigen Jahres eingeleiteten zentralen Schlichtungsstelle Praxis gewesen, daß über dessen Schiedssprüche die bezirklichen Organisationen das Entscheidungsrecht gehabt hätten; sie konnten es annehmen oder ablehnen. Dieses Recht werde durch das vorliegende Abkommen aufgehoben. Man werde untersuchen müssen, von welcher Wirkung gerade diese Bindung auf unsern Verband sei. Darüber ließ sich der Redner sehr eingehend aus. Die Aussperrungen und Streiks im vorigen Jahre sowie die Arbeitslosigkeit in diesem Winter hätten an den Verband in seiner Gesamtheit wie auch an seine einzelnen Mitglieder unerhört große Anforderungen gestellt. Gewaltiges sei geleistet worden, vom Verband sowohl wie auch von seinen Mitgliedern. Man müsse sich ernstlich überlegen, ob nicht in jedem Falle eine Sammlung der Kräfte der durch Lohnkämpfe und Erwerbslosigkeit erschöpften Mitglieder, eine Sammlung der Kräfte aber auch für den Gesamtverband, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht, bonnöten sei. Hinzu komme, daß die Ausflüchten am Baumarkt nach den bis jetzt vorliegenden Anzeichen überaus ungünstig beurteilt werden müßten, so daß auch dadurch der gewerkschaftlichen Aktion gewisse Grenzen gesteckt seien. Man dürfe auch erwarten, daß durch das Abkommen und durch die zentrale Schiedsstelle im gewissen Sinne ein Schutz gegen die Lohnabbauanstrebungen weiter Unternehmerränge aufgerichtet und auf der andern Seite den Bezirken die Möglichkeit gegeben sei, ihre Lohnabkommen zu kündigen, darüber zu verhandeln und sich zu verständigen. Das Allerwichtigste aber sei, daß wir in der Arbeitszeitfrage völlig frei und durch nichts gebunden seien. Unsere Kameraden müßten nun noch strenger als bisher über den Achtstundentag wachen, auf seine Innehaltung noch energischer ihr Augenmerk richten. Durch das Lohnabkommen sei aber auch der Kampf um den Achtstundentag auf eine für uns günstigere Zeit verschoben. Von viel nachteiligerer Wirkung auf unsere Organisation, als dieses Abkommen, wäre unzweifelhaft ein Reichstatarifvertrag mit einer längeren als der achtundvierzigstündigen Wochenarbeitszeit gewesen, den man uns, was keineswegs ausgeschlossen erscheine, vielleicht auf dem Wege staatlichen Zwanges aufgehalst hätte. Die Verhandlungskommission habe aus allen diesen Erwägungen und unter Berücksichtigung der Gesamtsituation, wie auch der im Baugewerbe, und unter Würdigung auch der Stellung der übrigen beteiligten Verbände sich entschlossen, für die Annahme des Abkommens einzutreten. Die sofortige Anerkennung, wie das die Unternehmer forderten, mußte sie ablehnen; sie verlangte eine kurze Erklärungsfrist, damit den Verbandsinstanzen und Gauleitern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werde. Die Konferenz habe nunmehr zu entscheiden. Namens der Verhandlungskommission habe er, so schloß der Redner seine Ausführungen, die Annahme des Abkommens nachdrücklich zu empfehlen.

In der sehr ausgiebigen Aussprache wurde das Abkommen eingehend erörtert. Befriedigt von seinem Inhalt war niemand. Das Abkommen widerspreche, so wurde ausgeführt, dem von unserm Verband bisher gegen jede zentrale Lohnregelung eingenommenen Standpunkt. Allein dieser Standpunkt dürfe im gegenwärtigen Moment nicht entscheidend sein; entscheidend sei vielmehr die derzeitige Wirtschaftslage sowie die Lage im Baugewerbe; und weiter müsse der Umstand berücksichtigt werden, daß unsere Organisation, die in den vorausgegangenen Jahren durch Ansprüche, vornehmlich finanzieller Art, sehr stark engagiert gewesen sei, für die Kämpfe der Zukunft rüsten müsse, in deren Vordergrund der Achtstundentag stehen würde.

Allgemein wurde zugegeben, daß ein Reichstatarifvertrag, der den Achtstundentag aufgehoben hätte, von sehr viel nachteiliger Wirkung für den Verband gewesen sein würde. Gegenüber einem solchen Vertrag wäre das Abkommen vorzuziehen. Aber auch selbst unter diesem Abkommen müßten, falls die Voraussetzungen dazu gegeben seien, alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um die Interessen unserer Mitglieder wahrzunehmen. Einige Redner wandten sich allerdings scharf gegen das Abkommen.

Im Schlußwort wurde vom Berichterstatter noch einmal der Ernst der Situation aufgezeigt und auf die eventuellen Folgen der Ablehnung des Abkommens aufmerksam gemacht. Man müsse an die Beurteilung des Abkommens leidenschaftslos, kühl und nüchtern herantreten. Vielleicht könne es unserer Organisation von Vorteil sein; es würde ganz darauf ankommen, was man daraus zu machen verstehe. Man müsse versuchen, dort, wo die Kündigung der Lohnabkommen erfolge, nach Möglichkeit in den Bezirken zu einer Einigung zu kommen, damit die zentrale Stelle nur im Notfall einzutreten brauche. Im übrigen werde unser Verband, so hoffe

er zuberichtlich, auch mit dem vorliegenden Abkommen fertig werden.

Die Konferenz stimmte hiernach mit Mehrheit dem Abkommen zu und erörterte am Schlusse noch die technische Handhabung der einzelnen Bestimmungen des Abkommens, und vor allem auch die Frage, wie es gelänge, die Mitglieder möglichst eingehend über das Abkommen und die Gründe für die Zustimmung seitens unseres Verbandes zu unterrichten. Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Wirtschaftskampf und Arbeitsmensch.

Liebe Freunde und Arbeitskameraden! Diese unerwartete Anekdote kommt nicht von ungefähr, sondern hat einen tiefen Grund. Es soll sich um eine Aussprache über die Grundlagen der Arbeiterbewegung handeln.

Überall hört und liest man seit einiger Zeit, daß das Arbeitsrecht, die Sozialpolitik und auch die Gewerkschaften sich in einer Krise befänden. Die Kreise, die derartige Ansichten verbreiten, sind vornehmlich die Unternehmerpresse, aber auch die „Wissenschaft“ und nicht zuletzt die Arbeitskameraden selbst, die durch gedankenloses Nachreden dazu beitragen, die Front der Arbeiter zu schwächen. Es wird behauptet, die Gewerkschaften hätten keine Mitglieder mehr. Die Unternehmer können die soziale Belastung der Wirtschaft nicht tragen. Arbeitsrecht und Sozialpolitik müßten abgebaut werden. Die Löhne seien zu verringern und die Arbeitszeit sei zu erhöhen.

Viele Arbeiter behaupten nun, die Gewerkschaften seien schuld an der Notlage der Arbeiter, ebenso oft hört man die Behauptung, man wolle keiner Gewerkschaft beitreten, denn es habe ja doch keinen Zweck. Hierdurch wird die Lage der Gewerkschaften sehr erschwert und die Verhältnisse der Arbeitskameraden ganz bestimmt nicht gebessert.

Es ist ganz unbefreitbar, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise sich nicht nur auf Deutschland erstreckt, sondern daß Europa und schließlich die ganze Welt in einer Krise steckt. Da kann man natürlich viele gute Ratschläge geben, aber vorläufig nicht erreichen, daß sich die anderen Länder danach richten. So ist es auch bei gutem Willen außerordentlich schwer, in Deutschland für sich allein etwas Ordnung zu schaffen und diese Schwierigkeiten einerseits und die Arbeiter andererseits nicht das tun, was die Grundlage einer Gesundung abgeben könnte. Wenn die Arbeiter sich heute im Existenzkampf erhalten wollen, dann ist es nötig, daß alle Arbeiter einer Gewerkschaft angehören. Jeder, der abseits steht, ist mit daran schuld, wenn die Arbeiterbewegung ihre Kraft nicht zur Entfaltung bringen kann. Daran ändert alles Jammer und Klagen gar nichts, das können die Arbeiter nur allein ändern, indem sie sich organisieren.

Dabei muß man, so schwer es auch fällt, mit seinen Wünschen im Rahmen des Möglichen bleiben. Man kann nun einmal eine Krise nicht zur Durchführung besonderer Wünsche der Arbeiter benutzen wollen, die sich nur bei gutem Geschäftsgang verwirklichen ließen. Alle darüber hinausgehenden Forderungen sind in Krisenzeiten besonders gefährlich, weil sie den Glanz für das Notwendige unbedingt hemmen. Wenn eine bestimmte politische Partei nichts anderes zu tun weiß, als ohne jede Rücksicht auf die Verhältnisse stets und immer Dinge zu fordern, die den Arbeitern angenehm klingen, aber jeden Versuch, das Erreichbare zu erringen, unmöglich machen, so gehört auch das nur zu den vielen Hemmungen, mit denen die Arbeiterbewegung stets rechnen muß. Es darf vielleicht auch einmal ausgesprochen werden, daß die Arbeiter nicht selten geneigt sind, erreichbare Ziele unerfüllbaren Forderungen zu opfern, um zum Schluß zu erleben, daß sie gar nichts erhalten, sondern noch Terrain preisgeben müssen.

Wir müssen doch endlich einmal davon abkommen, immer nur zu lamentieren und wieder Kämpfer für unser Recht werden. Es imponiert schon niemand mehr, wenn wir zwar viel schreien, aber wenig tun können. Auch darf man nicht stets andern Körperlichkeiten die Schuld an Niedergängen geben, sondern man muß die Ursachen bei sich selbst zuerst suchen. Nur so erringt man die Achtung des Gegners. Die Arbeiter dürfen nicht in den Chorus derjenigen mit einstimmen, die von der Krise des Arbeitsrechts und der Gewerkschaften schreien, sondern sie müssen mit aller Energie die Gewerkschaften stärken.

In Krisenzeiten kommen immer Arbeiterrechte teilweise nicht zur Geltung und die Gewerkschaften sind gehemmt. Das braucht aber nie weiter zu gehen, als es aus den wirtschaftlichen Verhältnissen nötig ist. Diese Grenze wird jedoch überschritten, wenn die Arbeiter ihren Gewerkschaften untreu werden, und zwar in dem Maße, wie dies der Fall ist. Keine Regierung, kein Parlament und kein Ministerium können allein helfen, immer muß die Gewerkschaftsmacht dahinter stehen.

Wir haben noch die volle Vereinigungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, wir haben noch das ungeänderte Tarifrecht, wir haben auch noch dieselben Arbeitszeitbestimmungen und dieselben Rechte der Betriebsräte. Alles ist geblieben, wie es gewesen ist. Geändert haben sich seit 1918 nur die Menschen, die einmal in Stärke von rund acht Millionen den freien Gewerkschaften angehörten und nunmehr wieder auf viereinhalb Millionen zurückgegangen sind. Auch ohne Wirtschaftskrise würde sich dies rächen, nun rächt es sich doppelt und dreifach. Das ist unsere Schuld, unestreitbar unsere Schuld.

Wer seine großen Rechte so wenig achtet, wie das seitens Millionen deutscher Arbeiter der Fall ist, wer nicht begreifen kann, daß man sich nur zu organisieren hat, um die volle Macht der Arbeiterklasse auszuüben zu lassen, der muß sich wirklich nicht wundern, wenn es dann nicht mehr so geht, wie man gern möchte. Dabei müssen die Guten mit den Schlechten leiden. Das muß die Guten auffacheln, die Schlechten wieder für die gemeinsame Sache zu gewinnen.

Es ist oft eine verzweifelte Aufklärungsarbeit, neue Mitglieder zu gewinnen, die immer wieder verloren gehen. Warum können die Arbeiter so einfache Dinge nicht begreifen, warum sind sie nicht ihr Leben lang begeisterte Gewerkschafter. Wer vorwärts kommen will, der muß seiner Sache treu bleiben. Wie oft lesen Arbeiter Geschichten von

armen Männern, die es durch ausdauernde Treue zu Reichtum und Glück gebracht haben. Keinem dieser Leser kommt die Erkenntnis, daß die Erfolge der Arbeiterklasse auf genau derselben Grundlage beruhen.

In dieser Zeit der schweren Krise, wo in den Betrieben besondere Aktionen nicht unternommen werden können, ist es um so nötiger, die wichtige Aufklärungsarbeit für unsere Ideen zu betreiben und sich unter keinen Umständen durch Schlagworte verwirren zu lassen. Schlagworte sind zwecklose Kraftvergeudung; ruhige zielbewusste Arbeit dagegen verbürgt den endlichen Erfolg.

Wir dürfen nicht heute dieser und morgen anderer Meinung sein, wir dürfen nicht morgen so und übermorgen anders denken, sondern wir müssen uns treu bleiben. Das mag sich alles lesen, wie Selbstverständlichkeiten, die es ja auch sind, aber die nur von einem kleinen Teil beachtet werden. Jeder wartet auf irgendein Wunder, jeder glaubt, diese oder jene Parole würde ihm helfen. Auf das Selbstverständliche kommen die wenigsten. Diese Selbstverständlichkeit besteht nur in der Erkenntnis, daß man in guten und schlechten Zeiten der Gewerkschaft unbedingte Treue halten muß. Treue bis in den Tod! Das ist der feste Grund der Arbeiterbewegung. Bevor wir den nicht betreten, bevor uns diese Erkenntnis nicht aufgeht, kommen wir nicht entscheidend vorwärts, während anders unser Aufstieg unaufhaltsam ist.

Daher, liebe Freunde und Arbeitskameraden, begreift, daß die Dinge so einfach sind. Schließt ruhig, kühl und nüchtern die gesamte Arbeitskraft zusammen, dann wird es unter allen Umständen wieder vorwärts gehen. npl.

Die Finanzierung des Wohnungsbaus gefährdet?

Der preussische Landtag hat die zweite Plenarverhandlung über die Gebäudeentstehungssteuer, wie die frühere Hauszinssteuer künftig genannt werden soll, abermals um zwei Wochen vertagt. Dadurch wird die Möglichkeit, mit der Bautätigkeit rechtzeitig zu beginnen, um einige Wochen, wenn nicht um einige Monate hinausgeschoben. Welche Absichten die Regierungsstellen mit dem Hinausschieben der endgültigen Verabschiedung dieses für den Baumarkt so wichtigen Gesetzes verfolgen, soll hier nicht näher untersucht werden. Möglich, daß die noch immer ungeklärten Verhältnisse im Baugewerbe, besonders das Fehlen der nötigen Rechtssicherheit durch vertrauliche Vereinbarungen, dem Ministerium in Preußen gelegen kam, mit der Regelung dieser für das Baugewerbe so wichtigen Frage hintanzuhalten.

Durch das Finanzausgleichsgesetz vom 10. August 1925 sind den Ländern gewisse Richtlinien gegeben, die allerdings der Wohnungspolitik der Länder einen durchaus ungenügenden Spielraum lassen. Von der Friedensmiete, die am 1. April dieses Jahres in allen Landesteilen erreicht sein muß, ist im ganzen Reich eine Wohnungsbauabgabe zu erheben aus der aber 20 bis 30 % Friedensmiete für allgemeine Finanzzwecke und nur 10 bis 15 % zur Förderung des Wohnungsbaues aufgewendet werden sollen. Preußen beabsichtigt nun, auf Grund dieser Ermächtigung eine 40prozentige Gebäudeentstehungssteuer einzuziehen und davon nur 10/100 für den Wohnungsbau, den ganzen Rest aber zur Deckung seines Staatshaushaltes zu verwenden. Außerdem sollen noch die Veranlagungsgrundlagen verändert werden, so daß damit zu rechnen ist, daß der für Wohnungsbauten zur Verfügung stehende Betrag bedeutend niedriger sein wird, als im Jahre 1925. Die Aussichten für den Baumarkt und für das kommende Baujahr sind somit recht trübe. Das Privatkapital kommt für die Finanzierung des Wohnungsbaues nicht in Frage, weil mit einer „zeitgemäßen“ Rente in den nächsten Jahren im Wohnungsbau nicht gerechnet werden kann. So werden für die kommenden Jahre immer nur öffentliche Mittel zur Finanzierung des Wohnungsbaues in Betracht kommen können. Wie hoch nun der Betrag sein soll, der für den Wohnungsbau im Jahre 1926 zur Verfügung stehen wird, dafür gibt es keine sicheren Unterlagen. Die Schätzungen über den Ertrag der Abgaben gehen auseinander. Der preussische Wohlfahrtsminister rechnet nach Abzug der Beiträge für Instandsetzungsarbeiten an alten Wohnhäusern nur mit einem Nettoerlös für Wohnungsbauzwecke von 200 Millionen Mark. Das würde für 40 000 bis 50 000 Wohnungen reichen, gegen 70 000, die im Jahre 1925 aus öffentlichen Mitteln in Preußen erbaut wurden. Der Reichsarbeitsminister rechnet für das Reich mit 500 bis 600 Millionen Mark. Diese Summe würde ausreichen für den Bau von 90 000 bis 100 000 neuen Wohnungen. Für eine Linderung der Wohnungsnot und eine Belebung der Bautätigkeit scheint nach diesen Mitteilungen allerdings wenig Aussicht zu bestehen. Schon vor dem Kriege betrug der Reinzugang an Wohnungen 250 000, davon entfielen auf Preußen allein 150 000 neue Wohnungen im Jahre. Im kommenden Jahre sollen also nur 60 % der Wohnungen gebaut werden, die wir in der Vorkriegszeit an Reinzugang alljährlich zu verzeichnen hatten.

Nun hat sich scheinbar das Reichsarbeitsministerium mit dem Plan getragen, durch eine größere Auslandsanleihe, — die „Frankfurter Zeitung“ berichtet in ihrer Nr. 118 vom 13. Februar von einer Summe von 1 1/2 Milliarden Mark —, die Wohnungsbautätigkeit zu beleben. Die Erträge der Hauszinssteuer oder wie es in Zukunft heißen soll, der Gebäudeentstehungssteuer sollen zur Verzinsung dieser Anleihe verwendet werden. Gegen diesen an sich sehr vernünftigen Vorschlag des Arbeitsministers läuft vor allen Dingen die Schwerindustrie Sturm; denn sie möchte am liebsten zur Aufrechterhaltung ihrer zum Teil veralteten und rückständigen Betriebe jene Summen zur Verfügung gestellt haben. In diesen Kreisen wird gegenwärtig ein Kampf um die Erlangung von Staatskrediten geführt, die vor allen Dingen der Schwerindustrie und dem Bergbau zugeführt werden sollen. Die Subventionierung des Bergbaues durch die englische Regierung soll auch auf deutsche Verhältnisse übertragen werden. Mit dem 700-Millionen-Geschenk, das die Schwerindustriellen Kreise des Rheinlandes nach Beendigung des Ruhrkampfes erhielten, ist man scheinbar noch nicht zufrieden und versucht, auf anderem Wege laufende Subventionen zu erhalten. Aber nicht allein die Schwerindustrie und der Bergbau Rheinland-Westfalens versuchen Kredite

zu erhalten, sondern vor allen Dingen die Groß- und Klebe- zeilen und die Textilindustrie, die Landwirtschaft, die Win- zler im Rheingau und industrielle Exporteure versuchen auf die Regierung einzuwirken, damit ihnen größere Kredite oder Subventionen zur Verfügung gestellt werden. Mit allen Mitteln bekämpfen diese Kreise den Plan des Arbeitsministers, für den Wohnungsbau öffentliche Mittel und Auslandsanleihen zu verwenden. Für sie ist der Woh- nungsbau etwas unwirtschaftliches, eine unproduktive Aus- gabe, die eingeschränkt werden muß. In ihrer Begründung führen sie gewöhnlich zwei Momente ins Feld, die ihre ab- lehrende Haltung rechtfertigen sollen. Zunächst dürfe der Staat nicht in die Preisbildung am Kapitalmarkt ein- greifen und gewisse Kapitalien zwangsweise bilden, um diese dem Wohnungsbau, gegen billigeren Zinsfuß dem Baumarkt zuzuführen. Dies verhindere die natürliche Be- grenzung der Ansprüche und verfältsche die Zinsbildung, deren großer Regulator — Angebot und Nachfrage — in diesem Falle ausgeschaltet würde. Sie verlangen, daß das „freie Spiel der Kräfte“ sich auch hier auswirken solle. Der zweite ihnen noch näherliegende Grund ist der, daß Kapitalien, die sonst zu produktiver Verwendung für Handel und Gewerbe zur Verfügung ständen, im Wohnungsbau imobilisiert und damit die Beschäftigungsmöglich- keiten für die Arbeitermasse eingengt würden. Gegen beide Argumente muß mit aller Entschiedenheit Front ge- macht werden. Bei Beurteilung einer so wichtigen Frage, wie die des Wohnungsbaues, dürfen die Interessen einer kleinen Schicht der Bevölkerung nicht ausschlaggebend sein, das Wohl der Gesamtheit muß hier höher stehen. Ohne Staatshilfe ist an eine Beseitigung oder Vinderung des Wohnungselends nicht zu denken. Und gänzlich abwegig ist das Argument, daß durch die Immobilisierung der Kapitalien im Wohnungsbau die Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeitermassen eingengt würde. Das Gegenteil trifft zu, wenn man bedenkt, daß im Baugewerbe mit seinen Nebenzweigen und in der haustoffherzeugenden In- dustrie nahezu 3 Millionen Menschen beschäftigt sind. Wenn heute nahezu 50 % der gesamten Bauarbeiter er- werbslos sind, so ist das in erster Linie auf die verkehrte Finanzpolitik der Regierung zurückzuführen, die unter der Ägide des Finanzministers von Schlieben den Ländern die Möglichkeit, größere Summen für den Wohnungsbau zu verwenden, stark eingeschränkt hat. Geradezu widersinnig scheint es, daß trotz des grenzenlosen Wohnungselends heute über 200 000 Bauarbeiter schon wochenlang erwerbs- los sind. Hier Abhilfe zu schaffen, muß die dringendste Aufgabe der Reichsregierung und der Länder sein. Schon vor einigen Wochen haben wir in einer Eingabe an das preußische Wohlfahrtsministerium die reifliche Verwendung der Hauszinssteuer oder Gebäudeentwässerungssteuer, wie es in Zukunft heißen soll, für den Wohnungsbau verlangt. Leider scheinen die Regierungsstellen nicht auf die Wünsche breiter Volksschichten, der Wohnungslosen und der gesamten Arbeiterschaft des Baugewerbes zu reagieren. Nach der letzten Verhandlung im preußischen Landtag scheinen die Kräfte, die eine Finanzierung des Wohnungsbaues durch öffentliche Mittel für unheilvoll halten, gesiegt zu haben. Für die Beschäftigungsmöglichkeit der Bauarbeiter im nun beginnenden Baujahr dürften sich dann recht trübe Aus- sichten eröffnen. Wenn die Regierungsstellen dem Bau- gewerbe nur so geringe Mittel zur Verfügung stellen, wie das in dem Vorschlag des preußischen Landtages zum Aus- druck kommt, so ist an eine ausreichende Beschäftigung der Bauarbeiter für das kommende Baujahr nicht zu denken.

Der vergessene Lohnabzug.

Die Neubildung des Kabinetts Luther hat das eine Gute gehabt, daß eine Anzahl Minister aus der Re- gierung verschwunden sind, die der Republik nicht zur Ehre gereichten und deren Tätigkeit nicht im Interesse der großen Volksmassen lag. Zu nennen sind besonders die Herren Schlieben, Neuhaus und Graf Kanitz. Die drei genannten Männer verwalteten das Finanz-, das Wirtschafts- und das Ernährungsministerium. Alle drei standen völlig unter dem Einfluß der deutschnationalen Partei und des Reichsland- bundes. Dieser Einfluß hat die amtliche Wirtschafts- und Finanzpolitik auf recht bedenkliche Wege gedrängt. Die ganze Wirtschaftsentwicklung während der letzten anderthalb Jahre ist stark durch den deutschnationalen Einfluß auf die ge- nannten wichtigen Ministerien abgeleitet worden; insbesondere war es Dr. Schlieben, ein guter Finanzbeamter, aber ein sehr schlechter Finanzminister, der durch Ueberbannung der Steuern bedenklich zur Zuspitzung der gegenwärtigen Wirt- schaftslage beigetragen hat. Seit zwei Jahren machen wir die Erfahrung, daß das Aufkommen aus den Steuern weit größer ist als der Voranschlag. Der Wirtschaft wurde zu viel an Steuern entzogen. Das mußte sich dahin äußern, daß die Kaufkraft geschwächt und eingengt wurde. Hier liegt unlegbar ein wichtiger Ausgangspunkt der gegen- wärtigen Wirtschaftskrise. Herr Schlieben hat durch seine Steuerpolitik sein redlich Teil dazu beigetragen, um diese Krise zu verschärfen.

An Stelle Schliebens ist nun im Zusammenhang mit der Neubildung des Kabinetts Luther Dr. Reinhold getreten. Reinhold stammt aus Sachsen, war bis jetzt in Dresden Finanzminister und erfreut sich, zum mindesten in finan- ziellen Dingen, des Rufes eines recht hellen Sachsen. Schon seit langem sind weite Kreise auf den sächsischen Finanz- minister aufmerksam geworden, und man hatte ihm schon vor Jahren prophezeit, daß er demnächst die Führung der Reichsfinanzen übernehmen würde. So wußte Dr. Rein- hold ganz genau, was ihn mit dem Abtretenden Schliebens er- wartete, und er kam auch nach Berlin mit einem durchaus fertigen Programm. Reinholds Vergangenheit und Rein- holds Herkommen entsprechend, ist dieses Finanzprogramm durchaus bürgerlich-industriell eingestellt. Der sächsische Finanzminister hat ein sehr helles Ohr für die Steuerfragen unserer Industriellen gehabt, und er hat sich beeilt, Abhilfe zu schaffen. Dr. Reinhold wird als Finanzminister immer der Mann sein, der, im Gegensatz zu Schlieben, der Starr und unentwegt mehr die fiskalischen und agrarischen Inter- essen wahrte, mehr den Standpunkt unserer Industriellen in der Steuerfrage zum Durchbruch bringen wird. Das be- weist zum Beispiel sein Vorschlag, die sogenannte Fusions- steuer um 50 % zu vermindern. Der Finanzminister kommt

hier im besonderen einem allgemein von der Schwerindustrie geäußerten Wunsch und einem Reichstagsantrage der Deut- schen Volkspartei nach. Ueber die Fusionssteuer ist in den letzten Wochen viel gestritten worden. Erleichtert ihre Ver- minderung die Rationalisierung in Deutschland, dann ist die Halbierung der Steuer zu begrüßen. Ist mit den Trans- aktionen und Konzentrationen in der Industrie aber keine Rationalisierung verbunden, dann ist die Halbierung der Fusionssteuer, wie sie Dr. Reinhold vorgeschlagen hat und auch durchführen wird, ein Steuergeschenk an die Industrie. Dr. Reinhold geht von der durchaus richtigen Erkenntnis aus, daß die Steuerlast der Wirtschaft erleichtert werden muß, wenn wir zu einer Belebung der Wirtschaft kommen wollen. Er hat in seiner viel beachteten Reichstagsrede betont, daß die Höhe des Steueraufkommens nicht von der Höhe des Steuertarifes und des Steuerfußes abhängen darf. Der übersekte Steuerfuß müsse sich lähmend auf die Güterproduk- tion und die Warenverteilung legen und sie einschränken, während ein erträglicher Steuertarif und ein erträglicher

Kameraden, rüstet zum Volksbegehren! Bewirkt reißlos Eure Eintragung in die vom 4. bis 17. März ausliegenden Einzeichnungs- listen! Sorgt auch dafür, daß Eure stimm- berechtigten Familienmitglieder sich eintragen lassen! Die vorgeschriebene Stimmenzahl für das Volksbegehren muß weit überschritten werden! Wer die Eintragung unterläßt, der unterstützt den frechen Raubzug der Fürsten.

Steuerfuß die natürliche Kraft besitzen, Produktion und Ver- brauch der Waren zu steigern, was natürlich wiederum Vor- aussetzung für ein erhöhtes Steueraufkommen ist. Die Mi- derung des Lohnabzuges und die ganz bedeutende Ermäßigung der Umsatzsteuer im Laufe des Jahres 1925 haben bewiesen, daß durch diese Herabsetzung die Reichsfinanzen nicht ge- schädigt worden sind. So richtig diese Erkenntnis des neuen Finanzministers ist, so falsch sind die Mittel, die er gewählt hat, um seine Gedanken zu verwirklichen: Er hat die Um- satzsteuer von 1 % auf 0,6 % herabgesetzt und auch die sogenannte Luxussteuer erheblich vermindert. Aber er hat bis jetzt noch nicht die Herabsetzung der Lohnabzugssteuer an- gefündigt. Ohne weiteres begrüßen wir eine Ermäßigung der Umsatzsteuer und stehen mit Dr. Reinhold auf dem Standpunkt, daß die beste Veredlung der Umsatzsteuer ihre radikale Beseitigung ist. Diese Auffassung ist aber nur dann gerechtfertigt, wenn die herabgesetzte oder beseitigte Um- satzsteuer eine Verbilligung der Ware auslöst. Nur durch eine solche Verbilligung der Ware kann der Verbrauch gesteigert und neue Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Nun haben wir genügend Erfahrungen mit der Herabsetzung der Um- satzsteuer gemacht. Diese Steuer wurde unter dem Kabinett Luther von 2 % auf 1 1/2 %, und später auf 1 % herab- gesetzt. Immer wieder verbanden sich mit dieser Herab- setzung Hoffnungen auf eine wesentliche Warenverbilligung und Verbrauchssteigerung. Diese wohlthätigen Wirkungen sind aber so gut wie gar nicht eingetreten. Das Reich verzichtete infolge Senkung des Steuerfußes für die Umsatzsteuer auf Hunderte von Millionen, ohne daß sich dieser Verzicht irgend- wie im Preisstand der deutschen Waren auswirkte, ohne daß diese Erleichterung den breiten Massen, dem eigentlichen Ver- brauch zugute gekommen wäre. Die deutschen Industriellen hatten sich wohl immer über die Höhe und die verteuern- de Wirkung der Umsatzsteuer beklagt. Jetzt, wo die Erleichter- ungen und Ermäßigungen in Kraft traten, behaupteten sie, daß die vorgenommene Ermäßigung für die Preisbildung sozusagen ohne Belang und ohne Wichtigkeit sei; das heißt, die Ermäßigungen blieben in der Produktion und im Handel stecken. Sie waren ein Geschenk für Industrielle und Händler. Den Massen kamen sie nicht zugute und der Verbrauchs- konsum wurde nicht gesteigert. So verloren die Steuer- erleichterungsmaßnahmen ihren volkswirtschaftlichen Sinn. Es wurde ins Leere „Umsatzsteuer ermäßigt“.

Es ist leider zu befürchten, daß es diesmal kaum anders gehen wird. Unsere Industriellen und unser Händler- tum werden die Umsatzsteuerermäßigung als gute Priese ein- streichen und sich im übrigen bemühen, die übersekten Waren- preise zu halten. Deshalb erscheint es unbedingt notwendig, daß der Finanzminister diejenigen Steuern ermäßigt, die unmittelbar auf den Umfang des Warenverbrauches einwirken können. Der Finanzminister muß eben mit seinen Steuer- ermäßigungen an die Quelle gehen, das heißt, für eine Er- mäßigung von Steuern, wodurch volkswirtschaftliche Zwecke verfolgt werden können, dürfte vor allem die Lohnabzugs- steuer in Frage kommen. Bei einer Senkung der Um- satzsteuer hat der Finanzminister nicht die geringste Garantie dafür, daß die erwartete Warenverbilligung und damit die Verbrauchssteigerung eintritt. Wenn die vom Staat erlassenen Millionen in der winzigen Schicht der Warenerzeuger und der Händler hängen bleiben, ist das nicht gleichbedeutend mit einer Kaufkraftsteigerung. Diese Steigerung kann vielmehr nur eine Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen sein. Erreicht werden könnte sie aber nur, soweit es in der Macht eines Reichsfinanzministers liegt, durch eine wesentliche Sen- kung der Lohnabzugssteuer.

Davon haben wir leider in Reinholds Rede kein Wört- chen gehört. Wir hoffen aber, daß der neue Reichsfinanz- minister, wenn er an die Durchführung seiner Steuer- ermäßigungen geht, den volkswirtschaftlichen Vernunft- gründen Gehör schenkt und eine Senkung des Lohnabzuges mit derselben Deutlichkeit dekretiert, wie er den Steuer- wünsch der deutschen Industriellen Rechnung getragen hat.

Eine Wiederaufhellung der Wirtschaftslage.

Als sich Mitte des vorigen Jahres noch während einer verhältnismäßig günstigen Wirtschaftskonjunktur die ersten Anzeichen der heraufziehenden Krise bemerkbar machten, fanden diese eine sehr verschiedene Beurteilung. Von der einen Seite wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse mit offenerer Neigung zur Uebertriebung in den düstersten Farben gemalt, während die andere einen starken Optimis- mus zeigte, der nur geneigt war, für gewisse Wirtschaftszweige eine beschränkte, bald vorübergehende Depression anzunehmen. Die Schwarzmalerei haben damals Recht be- halten; das deutsche Wirtschaftsleben wurde von einer schwe- ren Krise ergriffen, wie sie in gleichem Umfange und mit gleichen Wirkungen in den letzten Jahrzehnten nicht bestand.

Das beweist die inzwischen eingetretene wirtschaftliche Umstellung, über deren Ausmaß wir erst jetzt einen einiger- maßen klaren Ueberblick erhalten. Die den modernen Kapi- talismus kennzeichnende Unternehmungsform ist die der Aktiengesellschaft und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Im Jahre 1886/87 waren in Deutschland 2143 Aktiengesellschaften und 17 077 Gesellschaften m. b. H. vor- handen. Bis 1914 stieg die Zahl der Aktiengesellschaften auf 5506, die der Gesellschaften m. b. H. auf 27 012. Diese Entwicklung bewegte sich noch in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen. In den Jahren 1914 bis 1924 nahm sie da- gegen ein geradezu rasendes Tempo an, denn die Zahl der Aktiengesellschaften vermehrte sich in dieser Zeit um rund 11 800, die der Gesellschaften m. b. H. um nicht weniger als 63 000. Das bedeutet eine Gründungstätigkeit, die selbst die der tollsten Gründerperioden weit übertraf.

Dieser Entwicklung, die keineswegs mit einer Ratio- nalisierung und Steigerung der deutschen Produktion ver- bunden war, hat die Krise ein Ende gemacht. Bereits im Jahre 1924 traten die Anzeichen eines beginnenden wirt- schaftlichen Abbaues auf, indem die Zahl der Aktiengesell- schaften um 546, der Gesellschaften m. b. H. um 568, der Offenen Handelsgesellschaften um 1257 zurückging. Mit dem Beginn des Jahres 1925 trat aber eine wesentliche Ver- scharfung dieses Niederganges ein, wie aus den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes in Nummer 1 von „Wirtschaft und Statistik“ zu ersehen ist. Am Jahreschlusse hatten sich die Aktiengesellschaften um 1953, die Gesellschaften m. b. H. um 6233, die Offenen Handelsgesellschaften um 467 und die Zahl der Einzelunternehmen um 6146 vermindert. Da- neben steigerte sich die Zahl der Konkurse auf 11 184 und der Geschäftsaufsichten auf 5908, welche Bewegung im Januar dieses Jahres ihre Fortsetzung fand, wenn auch in der Hauptsache im Handelsgewerbe, das bekanntlich am stärksten unter einer Uebersektion leidet. Von den Konkursen des vorigen Jahres entfielen auf die Landwirtschaft 156, Industrie 4025, Warenhandel 5627, Banken 86, andere Ge- werbe 665 und sonstige Unternehmungen 526. Der durch die Krise eingeleitete wirtschaftliche Reinigungsprozeß hat sich also in ziemlich umfangreichem Maße ausgewirkt, wenn auch nicht so weit, wie erwartet wurde.

Die Ausschleudung der überflüssigen, minderleistungs- fähigen Unternehmungen wird sich fortsetzen, wenngleich es den Anschein hat, daß die gegenwärtige Krise ihrem Ende zuneigt. In der Arbeitsmarktlage macht sich zwar noch keine wesentliche Besserung bemerkbar, es sind aber ge- wisse Anzeichen dafür vorhanden. Bekanntlich erfolgt das Herinbrechen einer Wirtschaftskrise in der Regel nicht plötzlich, sondern in der Weise, daß zunächst einzelne Wirt- schaftszweige davon ergriffen und zum Erliegen gebracht werden. Die dort eintretende Geschäftslage, das Sinken der Nachfrage und die Zunahme der Arbeitslosigkeit wirkt auf andere Wirtschaftszweige zurück und zieht auch diese in die Krise hinein, bis schließlich die ganze Wirtschaft oder doch ihre wesentlichsten Teile davon erfaßt sind. Wehlich geht es umgehert, wenn die Krise sich ihrem Ende nähert. So war es für die deutsche Wirtschaft im letzten Jahre kennzeichnend, daß die Verminderung der Absatzmöglichkeiten und die wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt erkennbar wurden, sondern zur gleichen Zeit, wo einzelne Industrien bereits mit dem Abbau ihrer Bestände vorgingen, andere noch eine günstige Konjunktur aufwiesen und Arbeiter einstellten. Und jetzt zeigt sich wiederum, daß die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts, das Flüssigwerden des Geldmarktes und die Möglichkeit, leichter als in der zurückliegenden Zeit Wechselkredite zu erhalten, den Arbeitsmarkt nur wenig be- rührt, und obwohl in verschiedenen Industrien eine Nachfrage nach Arbeitskräften einsetzt, die Zahl der Arbeitslosen steigt. Dennoch läßt sich schon jetzt konstatieren, daß diese Steige- rung ein langsameres Tempo annimmt.

Vorerst sind also die Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage noch außerordentlich schwach, aber doch vor- handen. In Frage steht nur, ob sie von Bestand sein werden oder ob ein Rückschlag eintritt. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes zeigen die wirtschaftlichen Verhältnisse im Vergleich zum Vorjahr noch ein trostloses Bild. Während im Januar 1926 für 29 % der erfaßten Arbeiter ein günstiger, für 40 % ein befriedigender und nur für 29 % ein schlechter Beschäftigungsgrad festgestellt werden konnte, war für 1926 nur für 10 % der Arbeiter ein günstiger, für 24 % ein befriedigender, dagegen für 66 % ein schlechter Beschäftigungsgrad zu verzeichnen. Das läßt die ganze Mißere erkennen, unter der die Arbeitererschaft gegenwärtig zu leiden hat, und beweist, wie notwendig es ist, durch schnelle und umfassende Einleitung von Not- standsarbeiten die Lage der Erwerbslosen zu erleichtern. Das ist zum Teil schon in der zurückliegenden Zeit ge- schehen.

In Preußen betrug zum Beispiel die Zahl der bei Arbeiten der produktiven Erwerbslosen für den Tag geleisteten Tagelöhne vom 1. April 1920 bis 1. April 1925 insgesamt 80,3 Millionen, was einer viermonatigen Beschäftigung von rund 800 000 Erwerbslosen entspricht. Ähnlich in andern Bundesstaaten. Nur verteilt sich die Zahl der Beschäftigten auf eine Zeit von 5 Jahren, was ihre Bedeutung stark herabmindert. Ebenso steht fest, daß im letzten Jahre die Durchführung von Notstandsarbeiten stark nachgelassen hat. Darin soll nun eine Veränderung eintreten, und es ist dazu hohe Zeit! Die Länder haben über die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten ein umfassendes Programm auf-

gestellt, und das Reich hat zu seiner Durchführung Mittel bereitgestellt. Die Hauptsache ist nun ein schnelles Vorgehen; denn mit Programmen für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und mit dem Erlaß von Verordnungen, an denen es bis jetzt nicht gefehlt hat, wird den Erwerbslosen nicht geholfen. Auch wenn sich die Wirtschaftslage wieder bessert, ist auf eine völlige Aufsaugung des vorhandenen Arbeitslosenheeres nicht zu rechnen. Das Gegenteil zuzunehmen, wäre unverantwortlicher Optimismus, der weder in den wirtschaftlichen Verhältnissen, noch auch in der allgemeinen Weltwirtschaftslage seine Rechtfertigung fände.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Gebundener „Zimmerer“ 1925.

Der Jahrgang 1925 des „Zimmerer“ ist gebunden zum Preise von 4 M einschließlich Versandkosten vom Unterzeichneten zu beziehen. Da nur eine beschränkte Anzahl vorhanden ist, müssen die Bestellungen, wenn sie Berücksichtigung finden sollen, baldigst gemacht werden.

Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

Ueber die Verwendung unrichtiger Zahlkarten zum Zwecke der Ueberweisung von Geldbeträgen an die Zentralkasse beschwert sich das Postfachamt in Hamburg, und zwar nimmt es Bezug darauf, daß noch immer alte, bis zum Juli vorigen Jahres gültige gewesene Zahlkarten verwendet werden.

Wir sind daher verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß nur solche Zahlkarten zu verwenden sind, an denen der dem Empfänger zugehende Abschnitt (linker Abschnitt des Formulars) nur 4,77 cm breit ist; an den alten Formularen beträgt die Breite desselben Abschnitts 7 cm.

Da der Aufdruck der alten und neuen Zahlkarten derselbe ist, läßt sich ein anderer Unterschied zwischen beiden nicht bezeichnen; ein solcher besteht eben nur in der Breite des bedeuteten Abschnittes.

Wir müssen aber dringend ersuchen, die alten Zahlkarten mit dem breiteren Abschnitt zu vernichten, da das Postfachamt fortan solche Zahlkarten als unbestellbar zurückgehen läßt. **Wolff Römer, Kassierer.**

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Am 20. Januar wurde in Havelands Festhallen, Neue Friedrichstraße, unsere Zahlstellenversammlung abgehalten. Um die Delegiertenwahl ordnungsgemäß durchzuführen zu können, schlägt Kamerad Riepschläger vor Eintritt in die Tagesordnung vor, die Wahl als ersten Punkt vorzunehmen und zur Prüfung die Auszählung der Stimmen eine siebengliedrige Kommission zu wählen. Ohne Widerspruch wird diesem Vorschlag zugestimmt und zur Wahl der Delegierten geschritten. Aus den Bezirken sind dazu 35 Kameraden in Vorschlag gebracht. Auf Befragen durch den Vorsitzenden nehmen 20 Kameraden die Kandidatur an. Es wurde nun vom Vorsitzenden eine genaue Erläuterung zur Vornahme der Wahl von nur 6 Delegierten gegeben, so daß auf dem ausgehändigten Stimmentzettel höchstens 6 Namen verzeichnet sein dürfen. Nach Abgabe der Stimmentzettel tritt der Vorsitzende in die Beratung der 19 vorliegenden Anträge ein. Die Weibehaltung der Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt. Alle übrigen Anträge wurden ohne wesentliche Debatte einstimmig angenommen. Inzwischen wurde vom Kameraden Schäfer das Resultat der Verbandstagsdelegiertenwahl vorgetragen. Im ersten Wahlgang konnten nur 4 Kameraden gewählt werden, so daß zwischen den übrigen in Vorschlag gebrachten Delegierten Stichwahl erforderlich war. Nach Ausgabe neuer Stimmentzettel erfolgte die Stichwahl, so daß die Wahl der Verbandstagsdelegierten ihre Erledigung fand. Im „Verschiedenen“ berichtete Kamerad Schill über das Resultat der Schiedskommissionssitzung zum Fall des Kameraden Franz Loppuch, der während des letzten Streiks gearbeitet hat und das Urteil auf Ausschluß aus der Organisation lautet. Einstimmig wurde diesem Urteil von der Versammlung zugestimmt, worauf der zweite Vorsitzende die gut besuchte Versammlung schloß.

Bremen. Am 31. Januar fand hier eine sehr gut besuchte Zahlstellenversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Caspar, gab zunächst einen eingehenden Bericht über das verfllossene Geschäftsjahr. Das hinter uns liegende Jahr war für den Vorstand ein überaus arbeitsreiches; fanden doch allein in Bremen insgesamt 45 Vorstandssitzungen, 6 Mitgliederversammlungen, 2 Zahlstellenversammlungen, 6 Delegiertenversammlungen und 6 Lehrlingsversammlungen statt. Differenzen auf den einzelnen Plätzen waren in 65 Fällen entstanden, wovon die meisten durch Verhandlungen erledigt wurden. Durch die Schlichtungskommission wurden 11, durch das Tarifamt 9 Fälle erledigt. Arbeitseinstellungen erfolgten im Laufe des Jahres 5; alle wurden zu unsern Gunsten beigelegt. Der Lokalfassenbestand betrug zu Beginn des Jahres 8556,60 M.; die Jahreseinnahme für die Lokalkasse 28 829,30 M., die Ausgabe 21 408,33 M., mithin bleibt ein Fassenbestand von 15 977,57 M. Der Lohn steigerte sich um 28,1 % für Bremen; in den ländlichen Bezirken trat eine Lohnsteigerung bis zu 42 % ein, aber trotzdem wurde bei weitem der Friedensreallohn nicht erreicht. So wird auch das vor uns liegende Jahr wieder angefüllt sein von dem Ringen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Notwendig aber ist es, um diesen Kampf auch erfolgreich gestalten zu können, daß das Bau- und Platzdelegiertensystem besser als bisher aufgegriffen wird. Jeder Baudelegierte ist ein notwendiges Glied der Organisation. Zur Arbeitszeitfrage kann gesagt werden, daß die Zahlstelle Bremen den Achtstundentag behaupten konnte. Auch die Versuche des Unternehmertums, Affordarkeit einzuführen, wurden vereitelt. Vor uns liegt ein neues Jahr, das harte Kämpfe bringen wird. Alle Kräfte müssen zusammengefaßt und aufbauende Arbeit muß an der Organisation geleistet werden. In der anschließenden Aussprache wurde die Arbeit des Vorstandes

anerkannt und dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Es lagen der Versammlung eine Reihe von Anträgen aus den Bezirken vor; angenommen wurden nach kürzerer Debatte die Anträge: Die Mandatsprüfungskommission besteht aus den beiden Kassierern der Zahlstelle. Die Prüfung der Bücher erfolgt vor Beginn der Zahlstellenversammlung und Konferenzen. Erst wenn die Bücher der Anwesenden in Ordnung sind, erhalten sie eine Stimmtarte ausgehändig. Zur Annahme gelangte noch eine Entschlieung zur Fürstenabfindung. Die Zahlstellenversammlung beschloß ferner, daß die Helfer bei der Vorstandswahl 2 M Entschädigung erhalten. Abgelehnt wurde nach längerer Aussprache ein Antrag, den Kameraden Vöffel mit seinen alten Rechten in unsere Organisation wieder aufzunehmen. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag Burgdamm, die ausgesteuerten Mitglieder aus Mitteln der Lokalkasse zu unterstützen. Zur Vorstandswahl lagen zwei Listen vor; die Vorstandswahl findet am 14. Februar statt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung hielt Kamerad Schumann, Hamburg, ein kurzes, aufklärendes Referat über die Aufgaben des kommenden Verbandstages. Er ging auf die einzelnen Tagesordnungspunkte, insbesondere auf den dritten Punkt des Verbandstages: Lohnbewegungen, Lohnkämpfe und die Verhandlungen über den Reichstarifvertrag ein. In dem hinter uns liegenden Jahr ist es uns durch die Opferfreudigkeit unserer Mitglieder gelungen, den vereinten Angriff des Unternehmertums zurückzuschlagen. Auch das kommende Jahr wird wiederum Opfer in dieser Hinsicht von uns verlangen. Die Zahlstellenversammlung war von 41 Funktionären besucht, während 3 Delegierte aus dem Bezirk Bremen und 5 Delegierte aus den ländlichen Bezirken fehlten. Nicht vertreten waren die Bezirke: Oberneuland, Mandorf und Lilienthal. Die Verbandsbücher waren alle in Ordnung. Politisch gehörten 27 Funktionäre der SPD, und 7 der KPD, an, während 8 politisch unorganisiert waren. Als Delegierte zum Verbandstag wurden gewählt: Caspar mit 25 und Lindemann mit 23 Stimmen, während Vierig 13 und Golinski 11 Stimmen erhielten. Die Zahlstellenversammlung stellte zum kommenden Verbandstag verschiedene Anträge; in vorgerückter Stunde wurde dann die gut verlaufene Zahlstellenversammlung geschlossen.

Chemnitz. Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kamerad Malh gab einen ausführlichen Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Er wies darauf hin, daß wir seit 1910 kein solches Kampfsjahr zu verzeichnen hatten. Wenn wir auch das nicht erreicht haben, was wir gefordert, so hatten wir doch einen wesentlichen Erfolg zu verzeichnen. Leider mußte festgestellt werden, daß ein Teil Kameraden seinen Verpflichtungen in bezug auf Ertragsbeiträge nicht nachgekommen sind, ja sogar heute noch Restanten aufstauen. Diese Kameraden ließen allerdings keine Kampfesolidarität durchblicken, sondern halfen dazu, den Kampf in die Länge zu ziehen, zum Nachteil aller Kampfsenden. Dem Kapitel Polportage widmete der Vorsitzende längere Ausführungen und kritisierte verschiedene Unregelmäßigkeiten der Polportage. Da zum Bezirk rund 250 Orte mit ungefähr 75 Polportageuren gehören, schlug er vor, es sei zu erwägen, ob man eventuell befohlene Hauskassierer anstellen könne. Dazu soll die nächste Versammlung nochmals Stellung nehmen. Des weiteren wird Klage geführt in bezug auf Lehrlingsorganisation und Delegiertenpflichten. Wenn auch Kamerad Malh mit der Kritik nicht zurückhielt, so konnte er an Beispielen nachweisen, daß Mustergültiges geleistet worden ist. Er berief sich dabei auf Ausführungen anderer Gewerkschaftsführer, die bei den verschiedensten Gelegenheiten unsere Organisation als eine der besten bezeichneten. Dieses muß uns anspornen, auch die aufgezeigten Mängel noch zu beseitigen. Durch die Wiederaufhebung der Erwerbslosenunterstützung hat die Arbeit in diesem Jahre gewaltig zugenommen. Es haben stattgefunden: 16 Mitgliederversammlungen; 87 Versammlungen in den Bezirken, wo Vorstandsmitglieder zugegen waren; 7 Polierversammlungen; 11 Lehrlingsversammlungen; 9 Delegiertenversammlungen; 2 Bezirkskonferenzen; 32 Vorstandssitzungen; 23 Platz- oder Bauversammlungen; 18 Kartell- und Bauarbeiterführungen; 39 sonstige Sitzungen und Versammlungen. Auf den Arbeitsstellen beziehungsweise mit dem Unternehmer wurde die Organisationsleitung wegen unberechtigter Entlassung 14-, wegen Einstellung ohne Nachweis 18-, Delegiertenwahl 11-, Ueberstunden und ähnliches 29-, wegen Unorganisiertes und schlechter Bezahler 54-, wegen sonstiger Dinge 26mal angerufen. Die Lohnverhandlungen nahmen 17 Tage in Anspruch, außer der Zeit in gemeinsamen Sitzungen der Arbeitnehmer und den örtlichen Verhandlungen. Für 51 Kameraden wurden 14 Klagen mit 23 Terminen geführt. Im Punkt 2 gab Kamerad Ungeschüm den Kassenericht vom 4. Quartal. Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse balancieren mit 23 162,25 M. Die lokale Einnahme beträgt 31 629,30 M. Die Ausgabe beträgt 7155,25 M. Bleibt ein Fassenbestand von 24 474,05 M. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 1700, davon sind 155 Lehrlinge. Im Stadtgebiet sind wir zu 98 %, im Landgebiet zu 91 % organisiert. Die Jahresabrechnung für 1925 ergibt: 101 330,20 M Einnahme für die Zentralkasse, 100 786 M Ausgabe. 544,20 M verbleiben am Ort. Im Punkt 3, Neuwahlen zum Vorstand, wurden die beiden Angestellten, der zweite Vorsitzende und der erste und zweite Schriftführer wiedergewählt. Als zweiter Kassierer wurde an Stelle des Kameraden Reudel Kamerad Giera und als Beisitzer wurden die Kameraden Höhlen wieder- und Richter neugewählt. Im Punkt 4 referierte Kamerad Malh über Bauarbeiterführungen. Er kritisierte, daß den Baukontrolleuren, besonders im Landgebiet, zu wenig Unterstützung auf den Baustellen zuteil wird. Er fordert auf, mitzuhelfen, bestehende Mängel zu beseitigen und zum Nutzen der Allgemeinheit auf diesem Gebiete zu wirken. Zum Schluß wurden noch zwei Anträge zum Verbandstag angenommen.

Güstrin. Am 7. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem der Kassierer den Kassenericht gegeben hatte, wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Zu einer lebhaften Aussprache kam es wegen der rückständigen Streiftragsbeiträge. In dieser Angelegenheit solle erneut mit der Zentrale Rücksprache genommen werden. Weiter wurde beschlossen, den Hauskassierern für ihre Mithilfe eine Entschädigung von 5 M für jede verkaufte Marke zukommen zu lassen. Auch die Aufnahmegebühren wegen Schulden gestrichener Kameraden wurde neu festgesetzt. Den Kartellbericht gab Kamerad Streich,

der auf die Beschlüsse verwies, wonach jeder Verband einen Sonderbeitrag für die Erwerbslosen an das Kartell zu leisten habe. Es sollen ferner 50 Broschüren des ADGB über die Fürstenabfindung angeschafft werden zum Verkauf an die Kameraden. Nachdem noch weitere örtliche Angelegenheiten besprochen und erledigt wurden, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Dortmund. Am 24. Januar fand unsere Zahlstellenversammlung statt; sie hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Den Jahresbericht gab Kamerad Pfeffer. Er schilderte die Tätigkeit des Vorstandes im vergangenen Jahre. Es haben insgesamt 496 Versammlungen, Sitzungen, Konferenzen usw. stattgefunden. Zur Klärung verschiedener Differenzen mußte in 57 Fällen das Gewerbegericht angerufen werden, das in 54 Fällen zu unsern Gunsten entschied. Hierauf kam Kamerad Pfeffer auf die Mitgliederbewegung zu sprechen; seine Ausführungen zeigten uns, daß wir innerhalb der Zahlstelle einen schönen Aufstieg der Mitgliederzahl zu verzeichnen hatten. Am Schluß des Jahres 1924 hatten wir einen Mitgliederbestand von 292, am Schluß des Jahres 1925 496. Trotz alledem ist noch eine ungeheure Arbeit in puncto Agitation und Gewinnung neuer Mitglieder zu leisten. Diese Arbeit kann aber nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn jeder einzelne sich in den Dienst der Sache stellt. Wir haben innerhalb des Jahres die Bezirke Anna und Lünen wiedergewonnen. Auf Antrag des Kameraden Maxmann wurde dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Den Kassenericht gab Kamerad Pfeffer; er ergab einen Lokalfassenbestand von 1785,66 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 3 wurde der alte Vorstand mit Ausnahme des zweiten Kassierers und des zweiten Schriftführers wiedergewählt. An deren Stelle treten die Kameraden Franz Rathke und Bernhard Stewing. Ein Antrag des Bezirkes Lütgendorfmünde, die Entschädigung der Bezirkskassierer auf 8 % festzusetzen, wurde einstimmig abgelehnt. Es wurden weiter zwei Anträge zum Verbandstag angenommen. Die Regelung der Erwerbslosenunterstützung durch die Zentralinstanz rief eine starke Kritik hervor. Hierauf schloß Kamerad Hermann nach einem fräftigen Schlußwort die Zahlstellenversammlung.

Am 23. Januar fand im Lokale Vogell unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, zu der auch der Gauleiter, Kamerad Janzen, Düsseldorf, erschienen war. Kamerad Janzen hielt einen Vortrag über die Geschichte des Deutschen Zimmererverbandes. Die zahlreich erschienenen Kameraden hörten den interessanten Vortrag mit der größten Aufmerksamkeit und Aufmerksamkeit an. Am Schluß seines Vortrages forderte Kamerad Janzen die Kameraden auf, dafür Sorge zu tragen, die uns noch fernstehenden Kameraden reiflos dem Verbandszugezuführen; denn nur eine geschlossene Macht der Arbeiterschaft kann die Angriffe des Kapitals abwehren. Vereint sind wir alles, allein sind wir der Willkür des Unternehmertums ausgeliefert. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde die Verlegung unseres Versammlungsortes von der Wirtschaft „Zum Tierpark“ nach Restaurant „Vogell“, Münsterstraße, nach dem Kamerad Hermann die Gründe dargelegt hatte, von der Versammlung gegen eine Stimme gutgeheißen. Ein Antrag des Kameraden Pohlmann an den Verbandstag, die in Duisburg aus dem Verbandsausgeschlossenen 10 Zimmerer sofort wieder in den Verband aufzunehmen und in ihre alten Rechte einzusetzen, wurde nach der sehr mangelhaften Begründung des Antragstellers mit 68 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Hierauf machte Kamerad Hermann die Kameraden auf die Verichtigung der „Volkszeitung“ aufmerksam. Es wurden noch einige örtliche Fragen besprochen und die von 107 Kameraden besuchte Versammlung durch Kamerad Hermann geschlossen.

Elbing. Am 3. Februar fand im „Volkshaus“ unsere Generalversammlung statt, in der unser erster Vorsitzender den Jahresbericht gab. Rückblickend stellte Kamerad Ruhn fest, daß das Jahr 1925 reich an Lohnifferenzen und größerer Erwerbslosigkeit war. Im Frühjahr und Winter hatten wir eine 80prozentige Erwerbslosigkeit zu verzeichnen. Außerdem wurde die Zahlstelle im September von einer sechswöchigen Aussperrung heimgeführt, von der 120 Kameraden betroffen wurden. In den sieben stattgefundenen Lohnverhandlungen wurde unser Stundenlohn von 67 auf 87 % aufgebessert. Zur Führung der Geschäfte waren erforderlich 11 ordentliche und 8 außerordentliche Mitgliederversammlungen, eine Streik- und eine Platzversammlung und 5 Vorstandssitzungen. Der Besuch der Mitgliederversammlungen war befriedigend. Das Zusammenarbeiten zwischen Vorstand und Kameraden war ein erfreuliches und so schloß Kamerad Ruhn mit dem Wunsch, im neuen Jahre ebenso geschlossen Schulter an Schulter für das Wohl und Wehe des Verbandes zu stehen; dann werden wir auch die bevorstehenden Kämpfe siegend bezwingen. Hierauf wurde von dem Kassierer der Kassenericht gegeben und der Entlastung zugestimmt. Die Neuwahlen des Vorstandes wiesen keine wesentlichen Veränderungen auf. Mit einem Hoch auf den Zimmererverband wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. M. (Jahresbericht.) Zu Beginn des Jahres war die Bautätigkeit verhältnismäßig gut. Arbeitslose Kameraden waren so gut wie keine zu verzeichnen. Durch die günstige Witterung konnte mit den Bauarbeiten beizeten schon begonnen werden. Nicht nur die im Zahlstellengebiet schon begonnen werden. Nicht nur die im Zahlstellengebiet anfassigen Kameraden, sondern auch viele Kameraden aus andern Bezirken konnten in Arbeit treten. Mit Ausnahme einzelner Industriebauten erstreckten sich die Bauarbeiten auf den Wohnungsbau, der mit Hilfe der Hauszinshypothek finanziert und von der Stadt oder den Wohnungsbau-genossenschaften gefordert wurde. Auch die am Ort gebildete Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft (Gemoabag) war hierbei stark beteiligt, sie erstellte im verflommenen Jahre 157 Wohnungen. Bis zum Schluß des dritten Quartals war die Bautätigkeit gut, von nun an trat aber eine allgemeine Stöckung ein. Die zur Verfügung stehenden Gelder waren verbraucht, neue Mittel standen nicht zur Verfügung, und somit wurden neue Aufträge nicht erteilt, ja sogar schon begonnene Bauten mußten wegen Mangels an Kapital eingestellt werden. Die Folge war, daß ein großer Teil unserer Kameraden schon sehr arbeitslos wurde; heute müssen wir feststellen, daß rund 50 % unserer Kameraden arbeitslos sind. Die Aussichten für die Zukunft sind auch nicht allzu

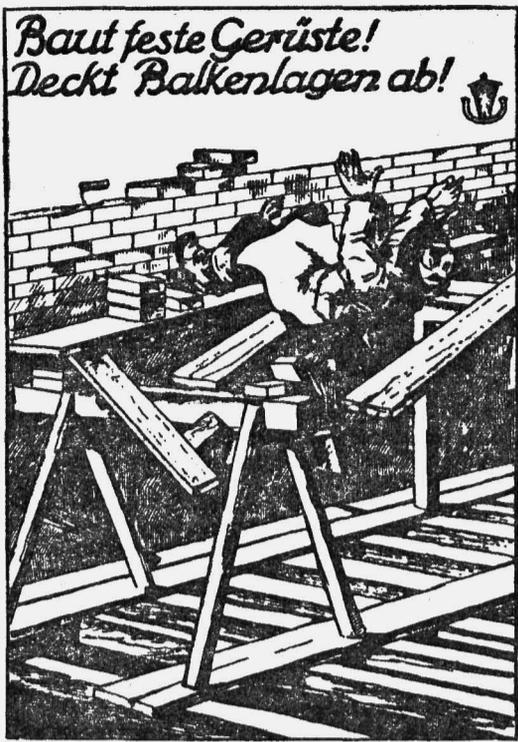
rofig. Wenn von Staat und Reich keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, haben wir mit einer sehr schlechten Konjunktur zu rechnen. Auch von privater Seite ist nicht viel zu erwarten. In der Lohnentwicklung können wir feststellen, daß es uns gelungen ist, im verfloffenen Jahre ohne größere Kämpfe den Lohn von 86 % auf 1,17 M am Schlusse des Jahres zu erhöhen; eine Verbesserung von 31 %, die auf dem Wege der Verhandlungen erreichte wurde. In der Lohnhöhe stehen wir keinem Bezirke nach; obwohl in manchem sehr heftige Kämpfe geführt wurden, so war es bei uns möglich, ohne persönliche Opfer unserer Kameraden auf gleicher Stufe mit den übrigen Bezirken zu bleiben. An den Kämpfen in der chemischen Industrie waren 65 Kameraden mit 1452 Streiktagen beteiligt. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 1200 zu Beginn des Jahres auf rund 1600 am Schlusse des dritten Quartals; von da an ging er zurück auf 1278 am Schlusse des vierten Quartals, somit haben wir einen Mitgliederzuwachs von 78 zu verzeichnen. Zur Regelung organisatorischer Angelegenheiten war es nötig, daß der Vorstand in 22 Bezirksversammlungen anwesend war. Zur Erledigung organisatorischer Angelegenheiten auf den Plätzen waren ungefähr 40 Besuche durch den Vorsitzenden nötig. In 8 Lohngebietsversammlungen wurde vom Vorstand Bericht erstattet über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Außerdem fanden noch 13 Lohngebietsversammlungen mit wichtigen organisatorischen Fragen statt. Vertrauensmännerversammlungen fanden 4, Vorstandssitzungen fanden 7 statt. Verhandlungen mit dem M. D. U. B. fanden 4, mit dem Hessischen Arbeitgeberverband ebenfalls 4, mit der Chemie über die Löhne der Handwerker fand 1 Verhandlung statt. In 9 Fällen mußte mit den Unternehmern über die Einhaltung und Auslegung des Tarifs verhandelt werden. Betriebsversammlungen über tarifliche Angelegenheiten waren 6 nötig. Versammlungen unserer Kameraden in der Chemie fanden 9 statt; an Vertrauensmännerversammlungen der Chemie war der Vorstand an 2, in Tarifkommissionssitzungen ebenfalls an 2 beteiligt. 3 Betriebsvorstandssitzungen der Bauhütte wurden vom Vorstand besucht. In Sitzungen, die vom Ortsausschuß einberufen, nahm der Vorstand an 5 teil. Streitigkeiten mit den Unternehmern machten es nötig, daß wir die tarifliche Schlichtungskommission in 4 Fällen anrufen mußten. Klagen vor dem Gewerbegericht hatten wir eine. An Streikunterstützung wurden 3448,95 M ausgezahlt. Im Gau hatte der Vorsitzende in 9 Fällen Angelegenheiten des Verbandes zu erledigen, und 10 Kameraden, die verstarben, wurde das letzte Geleit gegeben.

Gmünd. Am 24. Januar hielt die Zahlstelle ihre jährliche Generalversammlung ab; auch der Gauleiter, Kamerad Schwemninger aus Stuttgart, war anwesend. Der Vorsitzende, Kamerad Wiedmann, gab einen kurzen Geschäftsbericht, an den sich das Referat des Gauleiters anschloß. Der Kassenbericht wurde durch den Kassierer, Kamerad Kief, gegeben. Der Kassenbestand von 526 M ist, den Zeitverhältnissen entsprechend, ein guter zu nennen. Sämtliche Mitglieder hatten ihre Streifondsbeiträge restlos bezahlt. Der Punkt „Neuwahlen“ brachte keine Veränderung, was sehr erfreulich war. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kamerad Wiedmann von der Versammlung einstimmig gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ kam es zu lebhafter Debatte infolge Nichtgewährung der Reichsarbeitslosenunterstützung durch die hiesige Behörde. Die Bauarbeiten kommen erst nach vierwöchiger beziehungsweise vierzehntägiger Karenzzeit in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung. Es wurde dem Gauleiter auf den Weg gegeben, für Abhilfe zu sorgen. Nach Erledigung einiger Zahlstellenangelegenheiten wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Oranzow. Am 24. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, das für die Zahlstelle nicht zufriedenstellend gewesen sei. Trotz aller Schwierigkeiten habe das Pflichtgefühl der Kameraden nicht nachgelassen. Auch für die Zukunft müsse alles eingesezt werden, um den Aufgaben der Organisation gerecht zu werden. Der Kassierer gab den Jahreskassenbericht und Aufklärung über die Mitgliederbewegung. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Weiter teilte der Kassierer mit, daß die in Arbeit stehenden Kameraden pünktlich ihre Beiträge zahlen sollten, damit die Zahlstelle in der Lage sei, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und darauf die Versammlung geschlossen.

Hamm i. W. Unsere Generalversammlung fand am 17. Januar statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Angestellten vom Verkehrsband in der üblichen Weise gehalten. Der Vorsitzende schilderte in seinem Jahresbericht die Ereignisse im letzten Jahre und hob in erster Linie die Lohnkämpfe hervor. Der Kassierer gab den Kassenbericht, aus dem zu entnehmen war, daß das Lokalkassengeld infolge der Erwerbslosigkeit stark im Abnehmen begriffen ist. Die Revisoren beantragten Entlastung, die auch einstimmig erteilt wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden der Vorsitzende und der Kassierer wiedergewählt; doch waren auch einige Ergänzungen nötig. Die Schlichtungskommission wurde wiedergewählt. Mit einem Appell an die Kameraden, auch in diesem Jahre alles einzusetzen für den Verband und ihn weiter vorwärtszubringen, wurde die Versammlung geschlossen.

— (Jahresbericht.) Das verfloffene Geschäftsjahr war ein arbeitsreiches. Schon im Februar setzte eine gute Arbeitsgelegenheit ein, die auch im ganzen Jahr anhält. Gegen Ende des Jahres ließ die Arbeit merklich nach. Ein Teil der Arbeiter wurde von der Siedlungsgenossenschaft ausgeführt, die 40 Wohnungen erstellte. Nach Beendigung des Neubaus des Finanzamtes waren die meisten der Kameraden erwerbslos, und nur auf der Suche nach Arbeit konnten einige Kameraden weiterbeschäftigt werden. Der Lohn stieg nach langen Verhandlungen und nach erfolgter Ausperrung von 95 % auf 1,13 M pro Stunde. An der Ausperrung waren fast alle Kameraden beteiligt. An Schriftwechsel hatten wir 96 Posteingänge und 72 Ausgänge zu verzeichnen. Auch unser Verammlungsleben war ein reges. Es wurden 9 Platzdelegiertenversammlungen und 12 regelmäßige Mitgliederversammlungen abgehalten. Die Ereignisse machten es nötig, daß der Vorstand in 7 Fällen zusammenkommen mußte. An



12 Kartellsitzungen waren wir beteiligt. Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns; sorgen wir dafür, daß es weiter vorwärts geht.

Kiel. Am 9. Februar tagte im Gewerkschaftshause eine außerordentlich gut besuchte Hauptversammlung, die sich unter anderem mit dem Jahresbericht des Vorstandes, der Neuwahl des Vorstandes, Beratung der Anträge zum Verbandstag und der Stichwahl der Delegierten zum Verbandstag beschäftigte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sei auf den folgenden Jahresbericht verwiesen. In der Debatte versuchten zwar einige kommunistisch angehauchte Mitglieder die überaus rege Verbandstätigkeit herabzuwürdigen. Dies zeigte sich besonders bei der Abstimmung über folgenden Antrag: Die stark besuchte Mitgliederversammlung erkennt an, daß der Vorstand die Interessen der Mitglieder mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln wahrgenommen hat. Die Versammelten sprechen dem Vorstand ihr volles Vertrauen aus und geloben im neuen Jahre, ihre ganze Kraft für den weiteren Ausbau zur Verfügung zu stellen. Die Abstimmung hierüber ergab nun, daß von 209 anwesenden Mitgliedern 8 Kommunisten gegen diesen Antrag stimmten; also ein Beweis der Ablehnung einer Beteiligung am Aufbau unserer Organisation. Zur Wahl des Vorstandes versuchten die genannten Mitglieder auch Vorschläge zu machen. Die Versammlung wählte einstimmig den Vorstand wieder und eine durch Sterbefall notwendige Ergänzung nach dem vorliegenden Vorschlag. Eine Anzahl Anträge, die vom Vorstand für den Verbandstag vorgelegt wurden, fanden einstimmige Annahme. Die durch vorhergegangene Wahl erforderliche Stichwahl zum Verbandstage ergab, daß mit dem Kameraden Marten, der im ersten Wahlgang als gewählt galt, der Kamerad Schlotfeldt als zweiter Delegierter gewählt wurde. Unter Mitteilungen wurde noch bekanntgegeben, daß am Donnerstag, 4. März, abends 7 Uhr, ein Lichtbildvortrag stattfindet, zu dem die Frauen eingeladen sind und zahlreiches Erscheinen erwartet wird. Mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen unserer Organisation fand die impotante Versammlung ihren Abschluß.

— (Jahresbericht.) Immer größer wurde die Zahl der Erwerbslosen im Reich wie in der Provinz. Unter allen Städten der Provinz hat Kiel bisher am schwersten gelitten und steht mit der Erwerbslosigkeit oben. Mehr als verdoppelt haben sich im Jahre 1925 die Unterstützungsempfänger. Von 4087 stieg die Zahl auf 9700 von über 13 000 Erwerbslosen. Durch die Betriebseinschränkungen der Großbetriebe wurden auch unsere Kameraden schwer betroffen. Es waren während des ganzen Jahres erwerbslose Zimmerer vorhanden und trotzdem wurde von der Lokalgruppe Kiel für das Baugewerbe beim Arbeitsnachweis der Antrag gestellt auf Zulassung ausländischer Zimmerer. Auf dem Arbeitsnachweis liefen im Laufe des Jahres 1800 Meldungen ein. Am Schlusse der Monate haben sich 360 nicht wieder gemeldet und 1804 sich Meldende haben Arbeit nicht erhalten. Nach den Zählungen der Organisation waren durchschnittlich erwerbslos im 1. Quartal 234, im 2. Quartal 100, im 3. Quartal 61 und im 4. Quartal 326 Kameraden. Es wurden 33 075 Erwerbslosentage und 9929 Unterstützungstage gezählt. In der Erwerbslosenstammrolle sind 519 Mitglieder eingetragen. Vom 1. April ab wurde wieder Erwerbslosenunterstützung gezahlt im Betrage von 9791,20 M. Die Wirtschaftskrise hat eine Abnahme der Bevölkerung von 9231 Personen = 4,29 % bewirkt. Die Zahl der Wohnungsuchenden beträgt immer noch an 6000 Personen. Die Bautätigkeit hat sich im verfloffenen Jahre etwas gehoben. Der reine Wohnungszugang betrug 390 Wohnungen. 1924 = 92 und 1923 = 258 Wohnungen. Außerdem wurde eine Anzahl industrieller Bauten fertiggestellt. Umfangreiche Verwaltungsarbeit war zu leisten. 46 Versammlungen, 2 Frauenversammlungen, 11 der Jugendgruppe und 44 Vorstandssitzungen. Neben den Verhandlungen, betreffend das Lohn- und Arbeitseinkommen, fanden eine Anzahl Differenzen ihre Erledigung. Der Kassenabschluss zeigt eine Einnahme von 79 213,85 M, der eine Ausgabe von 71 434,94 M gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt 7778,91 M. Die Ein- und Ausgabe der Zentralkasse betrug 55 583,95 M. In bar wurden 27 575,31 M überwiesen, während für Unterstützungen, betreffend Ausperrung, Erwerbslosen usw., 28 008,64 M in Belegen eingekassiert wurden. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 18 222,05 M, die Ausgabe 15 850,99 M, die Mehr-

einnahme 2371,06 M. Ueber 8300 M sind an gemeinnützigen Ausgaben verwandt, unter anderem erhielten 391 Kameraden eine Weihnachtsunterstützung von 2830 M. Der Mitgliederbestand betrug zu Beginn des Jahres 860, davon 81 Lehrlinge; am Schlusse 910 Mitglieder, davon 116 Lehrlinge. Nach dem Markenumsatz haben von 910 Mitgliedern 888 das ganze Jahr voll bezahlt. Die Beitragsleistung betrug zu Beginn 1,20 M, am Schlusse 1,70 M pro Woche. Die statistischen Arbeiten wurden weiter gepflegt. Die Septemberaufnahme über Dauer der Mitgliedschaft, Zugehörigkeit zur politischen Organisation, Leser der Arbeiterpresse und Mitgliedschaft im Konsumverein ist im „Zimmerer“ Nr. 46 veröffentlicht. Sie zeigt den begonnenen Aufstieg und Erfolg und muß zu neuer Arbeit anspornen. Eine Aufnahme über das Alter der Mitglieder ergibt folgendes Bild:

Von 15 bis 20 Jahren	142	÷	116	Lehrl.	=	26	Mitgl.	ob.	3,4%
" 21 "	25	"	36						
" 26 "	30	"	35						
" 31 "	35	"	153						
" 36 "	40	"	105						
" 41 "	45	"	100						
" 46 "	50	"	115						
" 51 "	55	"	93						
" 56 "	60	"	48						
" 61 "	65	"	33						
" 66 "	70	"	37						
" 71 "	75	"	9						
" 76 "	80	"	6						
" 81 "	86	"	3						
Zusammen			329						41,4%
Zusammen			351						44,2%
Zusammen			88						11%

Diese Aufstellung zeigt, daß die überwiegende Zahl der Kameraden im schaffensfreudigen Alter steht. Mit welcher Treue die Kieler Zimmerer zu ihrer Berufsorganisation halten, geht aus nachstehender Aufstellung hervor, die die Dauer der Mitgliedschaft zur Organisation anzeigt:

Von 1 b. 3 Jahr.	202	Mitgl.	ab	116	Lehrl.	=	86	Ges.	=	11%
" 4 "	8									
" 9 "	11									
" 12 "	16									
" 17 "	21									
" 22 "	24									
" 25 "	31									
" 32 "	36									
" 37 "	39									
" 40 "	43									
Zusammen										23%
Zusammen										42%
Zusammen										24%

Insgesamt 910 Mitglieder, davon 794 Gesellen. Ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft ist 25 Jahre und länger Mitglied des Verbandes. Die Zusammenkünfte der Jugendgruppe waren durchgehend gut besucht. Als Leitmotiv galt, tüchtige Gewerkschaftsmitglieder zu erziehen. Die Hauptthemen waren mehr der beruflichen Ausbildung gewidmet, die durch den „Jungzimmerer“ vortreffliche Anregung fanden. Daneben wurden Fragen wirtschaftlicher und kultureller Art eingehend behandelt. An einer Reise nach Lübeck nahmen fast alle Jungkameraden teil. Zur Pflege der Kameradschaft wurden mit verwandten Berufsgenossen einige Veranstaltungen mit künstlerischen Darbietungen gegeben. Zur weiteren Ausbildung unserer Kameraden wurden unter Mitwirkung des Vorstandes und in entgegenkommender Weise von seiten der Direktion an der Handwerkerschule 2 Gesellenklassen errichtet. Hier wird Unterricht im Zeichnen und Modellieren erteilt und wird erwartet, daß diese Einrichtung sich zu einer dauernden gestaltet. Zur Verhütung der Unfallgefahren im Verufe muß es unsere Aufgabe sein, noch mehr als bisher aufklärend zu wirken. Sollen die Unfallgefahren gemindert werden, so muß sich jeder seiner großen Verantwortlichkeit bewußt sein. Zur praktischen Belehrung wird in kürzester Zeit ein Modell erbaut werden, an dem die Jungkameraden Fehler und Mängel im Gerüstbau erkennen lernen. Der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stand im Vordergrund. Bereits am 8. Januar erfolgte die erste Verhandlung, die ergebnislos verlief. Durch Schiedspruch vom 10. Januar erhielten wir eine Lohnerhöhung von 5 % bis zum 1. April. Eine Anzahl Verhandlungen über Erneuerung scheiterten. Am 28. März wurde vom Schlichter ein Schiedspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung von 12 % auf die Dauer von 6 Monaten vorsah. Dieser Schiedspruch wurde einstimmig abgelehnt. Trotzdem wir im Kiel zu den alten Lohnsätzen weiterarbeiteten, erfolgte am 16. April auf Beschluß und Drängen der Lokalgruppe die Ausperrung in Kiel und der Provinz. Hieron wurden 288 Kameraden betroffen und der Kampf einstimmig geführt. Durch Unparteiische veranlaßt, tagte erneut ein Schiedsgericht, dessen Spruch von beiden Parteien anerkannt wurde und die Ausperrung am 6. Mai aufhob. 20 % Lohn-erhöhung in 3 Staffeln mit einer Dauer bis zum 15. Oktober war der Erfolg des Kampfes. Vom 15. Oktober ab erhielt die Zahlstelle eine Zulage von 2 % pro Stunde. Wie sich die Lohnerhöhung auf die einzelnen Lohngebiete auswirkt, zeigt nachstehende Tabelle (in Pfennigen):

	1. 1.	8. 1.	7. 5.	15. 5.	17. 7.	15. 10.	Steigerung
Kiel	82	87	99	104	107	109	27
Breese	75	80	92	95	99	100	25
Boorde und Bordesholm	72	77	89	92	96	97	25
Schönberg	67	71	83	86	89	90	23

Die achtstündige Arbeitszeit, eine Reihe sozialer Bestimmungen sowie die Regelung zuschlagspflichtiger Arbeiten ist durch ein Lohn- und Arbeitsabkommen für das Vertragsgebiet Norden gesichert. Für die Gesamtorganisation war das Jahr 1925 ein rechtes Kampfsjahr. Die mehrfach, zuletzt zum 27. August, angebrochene Generalausperrung der deutschen Bauarbeiter wurde durch Schiedspruch des Reichsministeriums geschlichtet und mit überwiegendem Erfolg beendet. Alle im Laufe des Jahres aufgenommenen Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages scheiterten an den Forderungen der Arbeitgeber auf Verlängerung der Arbeitszeit. Unsere schon wiederholt erwähnten Forderungen bezüglich der Arbeitszeit, der Lehrlinge und Ferienfrage und sozialen Bestimmungen sind Mindestforderungen, ohne die ein Reichstarifvertrag nicht zum Abschluß gelangt. Für die Förderung der Sozial-

politik ist unsere Zentrale immer lebhaft eingetreten. Für Einführung der Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, der Kurzarbeiter und Gleichberechtigung der baugewerblichen Arbeiter ist lebhaft gekämpft. Auch am Orte ist in Verbindung mit dem ADGB alles getan und versucht, um das Los der Erwerbslosen zu mildern. Der Abschluß des Jahres steht unter Wirkung der schweren Wirtschaftskrise, daher ist Einmütigkeit und Geschlossenheit im Handeln erforderlich, seid eingedenk: Die Zeit ist ernst, habt ihrer acht!

Mannheim. Am 31. Januar fand unsere von den Delegierten aus 18 Bezirken besuchte Zahlstellenversammlung statt. Insgesamt waren 38 Delegierte, der Zahlstellenvorstand und die Gauleitung anwesend. Der Vorsitzende, Kamerad Wörner, eröffnete die Versammlung mit dem Wunsch, daß erspriehliche Arbeit geleistet werde. Das Andenken der verstorbenen Kameraden wurde in der üblichen Weise geehrt. Eingangs wurde eine Entschließung zur Fürsorgeentwässerung gefaßt. Kamerad Mandel gab den Klassenbericht, auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Zur Führung der Geschäfte waren, wie aus dem Geschäftsbericht hervorging, 43 Vorstandssitzungen, 44 Mitgliederversammlungen, 11 Platzversammlungen, 3 erweiterte Vorstandssitzungen und 117 Platz- und Bautenkontrollen nötig. Bei den Bautenkontrollen mußten verschiedene Mißstände, wie Ueberstunden, Affordarbeiten usw., beseitigt werden. Statistisch wurde festgestellt, daß in der Zahlstelle 1124 Zimmerer beschäftigt sind. Davon sind 33 unorganisiert, 31 im Holzerbund, 22 im Holzarbeiterverband, 8 im Christlichen Verband und 3 bei den Syndikaten. Die Mitgliederzahl hat sich nicht viel geändert. Bei der letzten Urabstimmung über die Delegiertenwahl zum Verbandstag wurden 522 Stimmen abgegeben. Des weiteren streifte Kamerad Wörner den Bauarbeiterschutz und den Betriebsräteaufbau. Die Kameraden von Benzheim, Speier und Nimbach erhielten speziell eine Einladung, um mit ihnen eine Einigung über die Verbringung der Opfer bei einer Bewegung und zu den Verwaltungskosten zu erzielen. Der Grund hierzu ist, daß 90 % aus den betreffenden Zahlstellen in unserm Gebiet arbeiten. In der Diskussion sprachen sich die auswärtigen Kameraden dahin aus, die Kosten mitzubehalten. Wenn auch von einzelnen Kritik geübt wurde, so fanden im allgemeinen die Ausführungen des Vorstandes Zustimmung. Im vierten Punkt, Beratung der gestellten Anträge, waren 3 Anträge zum Verbandstag und 3 zur Zahlstellenversammlung eingelaufen. Von den ersteren wurden 2 abgelehnt und einer angenommen, die letzteren wurden sämtlich angenommen. Im Punkt „Agitation“ berichtete Kamerad Wörner, daß 2 neue Bezirke gegründet seien. In nächster Zeit soll eine Werbung durch Hausagitation stattfinden. Auch kam Redner noch auf das Platzdelegiertensystem zu sprechen, das noch sehr zu wünschen übrig lasse. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt und hierauf die Versammlung geschlossen.

Melbork. Unsere Jahresversammlung fand am 3. Januar statt; sie war von allen Kameraden besucht. Der Vorsitzende, Kamerad Vubbers, gab den Kameraden einen kurzen Ueberblick über das verlossene Jahr. Er schilderte kurz die Ausfüllung und deren Ende. Gute Versammlungen waren während dieser Zeit zu verzeichnen, während die Extra- und Monatsversammlungen sehr schlecht besucht waren. Dem Kassierer wurde, nachdem die Bücher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden waren, Entlastung erteilt. Im Punkt 2 der Tagesordnung wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Neugewählt wurden die Lohnkommission und die Revisoren. Im Punkt 3 wurde als Verbandstagskandidat Valentin Roth aus Brunsbüttel einstimmig gewählt. Im Punkt 4, Verschiedenes, fand eine längere Aussprache statt. Mit dem Wunsch auf einen besseren Versammlungsbefuch und besseres Zusammenarbeiten mit dem wiedergewählten Vorstand schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München. Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt, deren Tagesordnung umfangreich war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die Toten in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende teilte mit, daß zwei Kameraden durch einen Unfall ihr Leben verloren haben. Diese traurige Tatsache müsse uns Veranlassung geben, dem Bauarbeiterschutz mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurde dann die Wahl der Verbandstagsdelegierten vorgenommen, die schnell ihre Erledigung fand. Den Klassenbericht gab Kamerad Eichinger. Die Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1925 betrugen 110 739,45 M., und der Lokalkassenbestand betrug am Jahreschluß 19 508,01 M. Der Mitgliederbestand ist von 1602 am Anfang des Jahres auf 1257 am Jahreschluß zurückgegangen. Insgesamt sind 170 Restanten zu verzeichnen, die die Streikfondsbeiträge noch nicht geleistet haben. Eine ganze Reihe von Kameraden hat unser Zahlstellengebiet verlassen, ohne sich abgemeldet zu haben. Der von den Revisoren beantragten Entlastung des Vorstandes wurde zugestimmt. Nach dem Klassenbericht berichtete Kamerad Reibberger über die Ereignisse im letzten Jahre. Er schilderte alle die Schwierigkeiten und zeigte an Hand von Zahlen die einzelnen Tätigkeiten des Vorstandes. Das Jahr 1925 sei einer der schwersten Kampfesjahre gewesen. Ein Teil der Kameraden sei an den Kämpfen beteiligt gewesen, während von den anderen zur Unterstützung der Kämpfe Opfer gefordert werden mußten. Kamerad Eber, der als Jugendleiter fungierte, gab einen Bericht über die Tätigkeit der Lehrlingsabteilung. Hier müsse alles versucht werden, um auf die Lehrlinge Einfluß zu gewinnen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt mit Ausnahme des zweiten Schriftführers, für den ein anderer Kamerad bestimmt wurde. Eine lebhaft debattierte Entspannung sich bei der Wahl der Delegierten zum Ortsausschuß. Nach den Richtlinien des ADGB sollten nur Mitglieder der Ortsverwaltung hierzu delegiert werden. Nach einigen Aufklärungen des Vorsitzenden fügten sich die Kameraden und wählten nach den neuen Richtlinien den Vorsitzenden und den zweiten Kassierer in den Ortsausschuß. Die Anträge zum Verbandstag konnten nicht mehr behandelt werden, da die Zeit bereits merklich vorgeschritten war. In einer weiteren Versammlung am 27. Januar wurden dann die Anträge zum Verbandstag beraten und angenommen.

In dieser Versammlung gab der Vorsitzende noch die Beschlüsse des Zentralvorstandes und des Verbandsausschusses bekannt und verwies auf die strenge Durchführung dieser Maßnahme des Vorstandes. Alle Kameraden sollten restlos diesen Sonderbeitrag für die Erwerbslosen zahlen. Mit der Mahnung, auch fernerhin mitzuarbeiten an dem Ausbau der Organisation, und alles zu tun, um die Kampfkraft des Verbandes zu stärken, wurde die Versammlung geschlossen.

Nikolaiken. Am 3. Januar fand die übliche Generalversammlung statt. Die Kameraden der Zahlstelle waren vollständig erschienen. Der Kassierer gab die letzte Quartalsabrechnung bekannt und ihm wurde Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch verschiedene Punkte besprochen worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Norden. Am 17. Januar fand die Zahlstellenversammlung statt, die einen sehr guten Besuch aufweisen konnte. Auch der Vorsitzende des Ortsarbeiters war erschienen, um einige Mitteilungen über die Arbeiterportbewegung zu machen. Alle Fragen, die im ersten Punkt der Tagesordnung behandelt wurden, konnten schnell erledigt werden. Aus dem Kartellbericht war zu entnehmen, daß von dieser Seite alles versucht wurde, um das Los der Erwerbslosen zu erleichtern. Es wurden die nötigen Schritte bei der Behörde unternommen, um die Eindeichungsarbeiten an der Lehbucht fortführen zu können. Der Vorsitzende gab für den wegen Krankheit verhinderten Kassierer den Klassenbericht, nach dem der Lokalkassenbestand die Summe von 124,48 M aufweisen konnte. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 43. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Delegierten des Verbandstages wurde der Vorsitzende gewählt und weiter wurden einige Anträge angenommen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde noch angeregt, daß für die fachliche Ausbildung der Kameraden mehr als bisher getan werden müsse. Weiter wurden einem Kameraden, der sich in einer Notlage befindet, 20 M Unterstützung bewilligt. Auch solle jeder erwerbslose Kamerad eine kleine Lokalunterstützung allwöchentlich bekommen. Mit einem Appell an die Kameraden, auch im neuen Jahre für den Ausbau des Verbandes zu sorgen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Oppeln. Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die von 140 Kameraden besucht war. Der Schriftführer gab den Jahresbericht und teilte mit, daß im vergangenen Jahre 11 Mitgliederversammlungen stattfanden, die zum Teil schlecht besucht waren. Die Kameraden müssen doch schon eingesehen haben, wie bedeutungsvoll es ist, wenn unsern Kameraden die Einigkeit und Geschlossenheit der Mitglieder vor Augen geführt wird. Es ist nicht zu verstehen, daß es immer noch Kameraden gibt die bei wichtigen Beschlüssen und Auskünften der Versammlung fern bleiben, statt selbst mit Hand anzulegen, um zu einer wirtschaftlichen Besserstellung zu gelangen. Hoffentlich wird sie das Jahr 1925 das Bedeutungsvolle mit den Erfolgen unseres Verbandes gelehrt haben, daß auch der letzte Kamerad in den Verband und in die Versammlung gehört. Darauf erhielt Kamerad Robieria das Wort zur Abrechnung, der den anwesenden Kameraden die von den Revisoren geprüfte Abrechnung zur Verlesung brachte. Die Mitgliederzahl bewegte sich zwischen 330, davon 25 Lehrlinge. Auf Antrag der Revisoren wurde ihm Entlastung erteilt. Aus der allgemeinen Tätigkeit der Verwaltung geht hervor, daß 6 Vorstandssitzungen nötig waren, um die Verbandsgeschäfte zu erledigen. Einstimmig wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt; nur der zweite Schriftführer wurde neugewählt werden. Als Delegierter zum Verbandstage wurde der erste Vorsitzende gewählt. Darauf referierte Gauleiter Schmidt über: „Rückblick auf das Jahr 1925“. Unter anderem streifte er auch unsern Bezirk Oberschlesien und führte den Kameraden vor Augen, wie schwer es ist, mit den hiesigen Arbeitgebervertretern zu verhandeln, wie wohl in keinem andern Gau. Trotzdem ist es aber doch gelungen, Abhilfe zu schaffen, da sich Kamerad Schmidt unserer Zahlstelle zur Verfügung stellte, wie er nicht es bei allen Zahlstellen seines Gaues kann. In „Verbandsangelegenheiten“ wurden noch verschiedene Angelegenheiten erledigt und darauf die Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. Am 31. Januar tagte im Gewerkschaftshause unsere Jahresversammlung. Nach kurzer Begrüßung erstattete der erste Vorsitzende den Jahresbericht. Es fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr 10 Zahlstellenversammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 3 außerordentliche Versammlungen statt. In letzteren hatten zweimal der Gauleiter und einmal Kamerad Sauer vom Zentralvorstand das Referat übernommen. Im Berichtsjahr hatten wir in unserm Wohngebiete zweimal mit Ausperrungen zu rechnen, durch welche zirka 58 Kameraden in Mitleidenschaft gezogen wurden. Im April wurde durch das Bezirkslohnamt ein Schiedspruch gefällt. Die Löhne stiegen in diesem Jahre von 1,05 M im April auf 1,10 M im Juni und dann auf 1,17 M die Stunde im Juli und blieben stabil auf dieser Höhe, da durch das Abkommen vom 30. September 1925 der Stundenlohn von 1,17 M bis zum 30. März 1926 verlängert wurde. Von Unglücks- und Todesfällen blieben die Kameraden der Zahlstelle im Berichtsjahr verschont. Die durch den Zentralvorstand ausgeschriebenen Extra-Streikfondsbeiträge konnten durch das energische Zusammenarbeiten unseres Kassierers mit den Bezirkskassierern bis auf einen kleinen Teil fast restlos eingeholt werden. Lediglich zehn Kameraden weigern sich noch heute, diese Extrabeiträge zu bezahlen. Es wurde beschlossen, die Namen dieser Kameraden in der nächsten Versammlung zu veröffentlichen. Durch tatkräftige Agitation ist es uns gelungen, sämtliche Bezirke mit arbeitsfreudigen Kameraden zu besetzen. Im November feierten wir unser 33jähriges Stiftungsfest. Der Versammlungsbefuch läßt viel zu wünschen übrig. Es muß immer betont werden, daß derjenige, der Rechte verlangen will, auch seiner Organisation gegenüber Pflichten zu erfüllen hat. Seit Oktober haben wir mit einer noch nie da-gewesenen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Das neue Geschäftsjahr beginnen wir mit 160 arbeitslosen Kameraden, von denen bereits ein großer Teil ausgesteuert ist. Zu Weihnachten konnten wir 10 ausgesteuerten Kameraden

durch Gewährung einer kleinen Unterstützung eine Freude bereiten. Die Gaukonferenz in Frankfurt a. M. im Januar wurde von zwei Vorstandsmitgliedern besichtigt. Der Klassenbericht lag durch den Kassierer vervielfältigt den Versammlungsteilnehmern vor und wurden sämtliche Anfragen vom Kassierer in klarer Weise noch erläutert. Die Diskussion über den Vorstands- und Klassenbericht war ausgiebig und erschöpfend. Dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. In der anschließenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Am Schluß des vierten Quartals waren 350 Kameraden als Mitglieder der Zahlstelle eingeschrieben. Viel Arbeit steht uns noch bevor; wir sind dazu bereit, zum Wohle des Verbandes.

Baugewerbliches.

Konferenzen der Baukontrolleure. Die Förderung des Bauarbeiterschutzes und die Bekämpfung der Berufsgefahren im Baugewerbe bezwecken fünf vom Vorstand des ADGB. einberufene Konferenzen der Baukontrolleure. Sie finden wie folgt statt:

Stuttgart am 28. Februar 1926 im Gewerkschaftshaus, Festsaal, Gplingerstraße 19, Beginn 9 1/2 Uhr.
Leipzig am 7. März 1926 im Volkshaus, Gartenfaal, Zeiger Straße 32, Beginn 9 1/2 Uhr.
Berlin am 14. März 1926 im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelstraße 24/25, Beginn 10 Uhr.
Hamburg am 21. März 1926 im Gewerkschaftshaus, Wefenbinderhof 57, Beginn 9 Uhr.
Köln am 28. März 1926 im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Severinstraße 199, Beginn 10 Uhr.

Außer den Baukontrolleuren nehmen auch Vertreter der baugewerblichen Organisationen sowie der örtlichen und Landesbauarbeiterchutzkommissionen an den Konferenzen teil. Unser Verband hat sich darauf beschränkt, nur aus den Zahlstellen mit Angestellten Vertreter zu berufen. Die in Frage kommenden Zahlstellen sind rechtzeitig benachrichtigt worden.

Der Neubaueinsturz in Neumünster im Dezember 1924 hat nunmehr seine gerichtliche Sühne gefunden. In der Gerichtsverhandlung im Oktober vorigen Jahres waren die Angeklagten Architekt Silbertoff, Bauunternehmer Dwinger und Stadtbauinspektor Niska freigesprochen worden, mit der Begründung, der Einsturz sei auf Grund statischer Fehler erfolgt, die von den Angeklagten nicht verschuldet seien. Stadtbauinspektor Brader war aus der Reihe der Angeklagten ausgeschieden. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Am 15. Februar stand Verhandlung vor der Kieler Strafkammer an. Nach eingehender Beratung wurde, wie wir der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ entnehmen, nach mehr als dreizehntägiger Verhandlung das Urteil verkündet. Nach dem Befund des Gerichts haben Silbertoff und Dwinger gegen drei Punkte verstoßen. Die statischen Berechnungen waren nicht sorgfältig gemacht, die Träger nicht ordnungsmäßig ausgeführt und auch zu weit an die Seite gerückt. Silbertoff habe die Zeichnungen angefertigt und sei für die richtige Ausführung verantwortlich. Die Pflicht, für diese zu sorgen, habe er aber schwer verlehrt. Gerade an der nötigen Stelle habe er sich um nichts gekümmert, sonst hätte er sehen müssen, daß ein Zusammensturz unermesslich sei. Das gleiche gelte für Dwinger. Er habe dafür zu sorgen gehabt, daß ein ordentlicher Bau zustandekomme. Er habe darum auch die Verpflichtung gehabt, aufzupassen, daß mit gutem Material gearbeitet werde. Brader und Niska wurden freigesprochen, weil ihnen ein Verschulden nicht nachzuweisen sei. Silbertoff und Dwinger wurden jeder zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bauarbeiterschutz in Kiel. Die Kontrolle der Baustellen vollzieht sich im allgemeinen reibungslos und wird in aufklärendem und vorbeugendem Sinne ausgeübt, da erfahrungsgemäß die Durchführung aller Schutzmaßnahmen am wirksamsten und sichersten durch die freiwillige Mitarbeit aller auf den Baustellen Beschäftigten zu erreichen ist. Die Aufsichtstätigkeit erfolgt nach eigenem Plan unter völliger Bewegungsfreiheit. Wenn notwendige Forderungen nicht erreicht werden, wird von seiten der Dienstbehörde Unterstützung gewährt. Leider müssen immer wieder die gleichen Mängel gerügt werden. Meist oft ist die Ursache Unkenntnis der Schutz- und Fürsorgevorschriften; ebenso häufig die Unterschätzung der drohenden Gefahren; leider auch nicht selten die Gleichgültigkeit der Beteiligten — auch der Arbeiter. Baustellen, die einen der Größe der Verantwortung bewußten Leiter (Polier) haben, sind bei den Kontrollen sofort erkennbar; hier finden sich selten größere Mängel, die zur Beantwortung Anlaß geben. Es gibt aber auch Poliere, die ihre Verantwortung nicht voll erkennen oder sie doch recht oft leicht nehmen. Ein Mangel, der behoben werden muß, soll eine alles erfassende Unfallverhütung erreicht werden, sei hier noch aufgezeigt. Dieser Mangel besteht darin, daß es in den meisten Fällen unterlassen wird, den Kontrolleur bei nachfolgenden Kontrollen von auf der Baustelle geschehenen Unfällen zu unterrichten. Dies muß geschehen bei allen Unfällen, auch bei denen geringfügiger Art. Der Umfang der Arbeit und die große Ausdehnung des Ueberwachungsgebietes läßt die notwendige Ueberwachung in kürzeren Zwischenräumen leider nicht zu. Aus dem gleichen Grunde können auch nicht immer zur gegebenen Zeit die erforderlichen Nachkontrollen erledigt werden.

Im Jahre 1925 sind durch 2412 außerterminliche Kontrollen 615 Baustellen und Gerüste revidiert. Davon waren 286 Neubauten, 119 Um-, Auf-, An- und Durchbauten, 19 Abbrüche, 9 Tiefbaustellen und 82 Einzelgerüste. Baustellen, die nur einmal revidiert wurden oder sonstige einmalige Mängelbefichtigungen sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Die Zahl dieser Befichtigungen ist 956. Bauausführungen, die ohne Genehmigung oder Anzeige begonnen waren, sind 6 angetroffen. In 4 Fällen mußte bei baulichen Mängeln die sofortige Beseitigung gefordert werden. Ueberretungen der Arbeiterfürsorgevorschriften machte das Eingreifen in 94 Fällen notwendig, während 207 Ueberretungen der Gerüst- und Sicherheitsvorschriften Anlaß zur Beanstandung gaben.

Die nachstehende Tabelle zeigt die vorgefundenen Mängel und Uebertretungen in den Jahren 1920, 1924 und 1925.

Table with 4 columns: Art der Uebertretung, 1920, 1924, 1925. Rows include: Ohne Genehmigung ausgeführte Bauten, Uebertretungen der Arbeiterfürsorgevorschriften, Uebertretungen der Gerüst- und Sicherheitsvorschriften, Bauische Mängel.

Zur Beseitigung der Mängel waren erforderlich: Schriftliche Auflagen durch die Behörde, Anzeigen.

Im allgemeinen wurden von Seiten der Unternehmer oder deren Vertreter die Anordnungen zur Durchführung der gesetzlichen Schutz- und Fürsorgebestimmungen befolgt. Wo eine sofortige Abstellung der Mängel nicht möglich war, wurde diese durch Nachkontrolle überwacht.

Table A: Arbeiterfürsorge. Columns: Art der Mängel, Zahl. Rows include: Unterkunftsräume, Gerüst- und Sicherheitsvorrichtungen, Abdeckung der Balken- und Trägerlagen, etc.

Die größere Zahl der Mängel gegenüber dem Vorjahre ist auf die vermehrte Bautätigkeit zurückzuführen. Allerdings eine Erscheinung, die nicht aufzutreten würde, wenn alle an den Bauausführungen Beteiligten die leider in starkem Maße vorhandene Gleichgültigkeit den täglichen Berufsgefahren gegenüber ablegen würden.

Die Beschaffenheit der Unterkunftsräume gab recht oft Anlaß zur Beanstandung, ebenso die Beschaffung von Abortanlagen. Wenn diese Einrichtungen auf den Baustellen auch nicht so sein können, wie sie überall in den stationären Betrieben vorhanden sein müssen, so muß doch das mindeste sein, daß sie den dafür gegebenen Vorschriften entsprechen.

fangungsarbeiten durch Abstürzen von Erdmassen verschüttet und erlitt Verletzungen. Im weiteren Verlauf der Krankenhausbehandlung ist der Verletzte denn auch verstorben, angeblich durch Hinzutreten einer inneren Krankheit. Bei der Ausführung von Neubauten und Umbauten, die der fortlaufenden Kontrolle unterliegen, ist erfreulicherweise ein Unfall mit tödlichem Ausgang nicht zu verzeichnen.

Erneute Zunahme der Erwerbslosenziffer. Die jetzt vorliegenden Berichte der wichtigsten Fachverbände bestätigen eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Januar. Nach den amtlichen Ermittlungen betragen die unterstützten Vollerwerbslosen 2 030 000. Von rund 3,25 Millionen von den Ermittlungen der Fachverbände erfassten Mitglieder waren Ende Januar 21,8 % arbeitslos, gegen 18,3 % der Mitglieder im Dezember 1925.

Table: Gewerkschaftliche Rundschau. Ernte Zunahme der Erwerbslosenziffer. Columns: Fachverbände, Arbeitslose insgesamt, Die wöchentliche Arbeitszeit war Ende Januar verkürzt um, Kurzarbeit insgesamt.

Die größte Arbeitslosigkeit weisen die Bauarbeiter und Zimmerer auf, dann folgen die Schuhmacher, die Bekleidungsarbeiter und die Holzarbeiter, bei denen Ende Januar jeder dritte Mann arbeitslos war.

Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Reichswirtschaftsministerium. Am 18. Februar verhandelten die Gewerkschaften mit dem Reichswirtschaftsministerium über Maßnahmen zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.

Zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Die englische Regierung beabsichtigt, die vorgesehene Konferenz der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und Italien im März einzuberufen.

nehmer jeden Fortschritt der Arbeitszeitregelung entschieden bekämpfen. Danach müssen wir handeln und die Gewerkschaften befähigen, den Kampf um die Arbeitszeit mit und ohne gesetzliche Regelung zu führen.

Die Erfolge gewerkschaftlicher Arbeit. In unausgesetzten zähen Kämpfen haben die Gewerkschaften schon immer versucht, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Wenn es auch in Zeiten der Inflation infolge der Verschlechterung unserer Währung nicht möglich war, den Reallohn der Arbeiterschaft zu verbessern, so hat sich doch schon nach der Stabilisierung im November 1923 eine Wandlung auf diesem Gebiete bemerkbar gemacht.

Table: Stundenlohn in Pfennigen am Ende des Monats. Columns: Ort, Dez. 1923, März 1924, Juni 1924, Sept. 1924, Dez. 1924, März 1925, Juni 1925, Sept. 1925, Dez. 1925. Rows include: Aachen, Berlin, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Ploß, Stettin, Stuttgart.

Im Durchschn. gegen 1923: 53, 52, 18,9, 22,6, 34,0, 43,4, 54,7, 64,2, 66,0.

* Bruchteile von Pfennigen sind auf- oder abgerundet.

Die durchschnittliche Lohnhöhe betrug Ende Dezember 88 Pf. Der Lohn liegt jedoch in unserem Berufe bedeutend höher, weil, wie schon oben angeführt, diese Ermittlungen den Durchschnitt der Löhne in 43 verschiedenen Verufen und Gewerben darstellen. Die größte Steigerung der Löhne im 1. Halbjahr 1925 festzustellen. Im ganzen gesehen, zeigt sich eine merkliche Verstärkung in der Entwicklung der Löhne gegenüber dem Jahre 1924.

Es kann der Beste nicht in Frieden leben... Unter dieser Stichmarke lesen wir im „Grundstein“ Nr. 8: „Auch der „Zimmerer“ nimmt in seiner Nr. 6 Stellung zu dem Prozeß Steinarbeiterverband gegen Pitschke.

„Auch der „Zimmerer“ nimmt in seiner Nr. 6 Stellung zu dem Prozeß Steinarbeiterverband gegen Pitschke. Dabei läßt er Pitschke vor Gericht das sagen, was der Richter ausgeführt hat. Es wird auch wieder im „Zimmerer“, noch in der „Gewerkschaftszeitung“ oder „Solgarbeiterzeitung“ in feltener „Unparteilichkeit“ erzählt, daß Pitschke vor Gericht vor allem geltend gemacht hat, die Abstimmung im Steinarbeiterverband sei jederzeit nicht ordnungsgemäß vor sich gegangen.

Wir hätten von dieser freundnachbarlichen Auslassung des „Grundstein“ nicht Notiz genommen, wenn sie dem „Zimmerer“ nicht unwahre Berichterstattung unterstellte. „Dabei läßt er („Der Zimmerer“) Pitschke vor Gericht das sagen, was der Richter ausgeführt hat.“ So behauptet der „Grundstein“. — Wir zitieren aus dem vorliegenden Urteilsabschrift: „Der Beklagte (Pitschke) bittet um Abgabeweisung und Vollstreckungsschutz gegen Sicherheitsleistung im Falle der Verurteilung. Er bestritt, daß der Kläger Eigentümer an den dem früheren Verband der Steinarbeiter, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands gehörigen Aktien und Bureaueigentümern erworben hat. Durch die Verschmelzungsbeschlüsse könne kein Eigentum übertragen werden. Eine Fusion zweier nicht rechtsfähiger Vereine sei rechtlich nicht möglich.“ — Der „Grundstein“ ist es demnach, der, wie wir annehmen, aus mangelnder Kenntnis des Sachverhalts den Richter jagen läßt, was nach der Urteilsabschrift Pitschke behauptet hat. Was der „Grundstein“ in seiner Notiz dem „Zimmerer“ sonst noch zu sagen hat, schenken wir ihm. Unfertwegen soll er in Frieden leben.

Genossenschaftsbewegung.

Der genossenschaftliche Großhandel. Die genossenschaftliche Wirtschaftsentwicklung zeigt keine Linienführung im luftleeren Raum, das heißt, sie besteht nicht aus theoretischen Behauptungen und richtet sich nicht nach solchen. Wenn gleichwohl ihre ökonomische Struktur den Gedankengängen sozialistischer Wirtschaftstheoretiker entspricht, so beweist dies nur, und zwar erfreulicherweise, daß auch das genossenschaftliche Wirtschaftssystem in seiner organisatorischen und praktischen Gestaltung sich ebenso nach den Bedürfnissen des täglichen Lebens richtet, wie es in den primitiven Wirtschaftsperioden der Menschheit bis zum Eintritt des kapitalistischen Zeitalters der Fall gewesen ist.

Daß das genossenschaftliche Wirtschaftssystem wächst, das heißt, sich organisch entwickelt, zeigt die Geschichte der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung in allen Kulturländern der Welt. Rund 25 bis 30 Millionen Familieneinheiten bilden den Zellenunterbau für die rund 20 000 Konsumgenossenschaftlichen Einzelorganisationen, die für die direkte Warenversorgung ihrer Mitglieder aufgebaut und eingerichtet sind. Und auf dieser breiten Grundlage der genossenschaftlichen Warenversorgung, deren direkte Auftraggeber die organisierten Verbrauchermassen selbst sind, ist allmählich auch der genossenschaftliche Großhandel gewachsen, das heißt, er hat sich ebenso organisch entwickelt, wie der genossenschaftliche Einzelhandel. Mit Naturnotwendigkeit mußte er entstehen, da bei dem Gegensatz zwischen privater Handelswirtschaft und genossenschaftlicher Warenversorgung diese in dauernder Abhängigkeit vom Großhandel und der hinter ihm stehenden Industrie geblieben wäre, wenn sich nicht der genossenschaftliche Großhandel nach Wesen und Grundsatzen in gleichen Richtungen entwickelt hätte, wie sein Zellenunterbau. Und die Konsumgenossenschaften von heute würden inmitten der starken Kartellierung von Industrie und Groß- und Kleinhandel keinen Deut zur Preisbildung und Preisregulierung im Interesse der Verbraucher beitragen können, wenn sie sich nicht auf die von ihnen selbst gegründeten genossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaften stützen könnten, deren einzige Träger sie sind.

Aus diesen natürlichen Entwicklungsgängen kommt erst die Bedeutung so recht zum Vorschein, die den Großeinkaufsgesellschaften der Konsumvereine für diese selbst und die allmähliche Wandlung der Wirtschaftsordnung zukommt. In den dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossenen 25 Ländern der Welt bestehen heute 35 genossenschaftliche Großeinkaufsgesellschaften, die lediglich dem Warenverkehr der Konsumvereine dienen. Ihr Umsatz mit diesen betrug im Jahre 1923 rund 3100 Millionen (3,1 Milliarden) Mark, 1924 3500 Millionen (3,5 Milliarden), und er ist für 1925 auf mindestens 4000 Millionen Mark zu berechnen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg ist hieran im Inflationsjahr 1923 traurigen Angehens mit nur 72,5 Millionen Mark, 1924 aber schon mit 171 Millionen Mark beteiligt, und im Jahre 1925 stellt sie mit 228 Millionen Mark über eine Viertelmilliarde Warenumsatz zur direkten Versorgung der Konsumvereine. Den Löwenanteil an dem Umsatz der 35 Großeinkaufsgesellschaften beanspruchen aber die 2 großbritannischen, die im Jahre 1923 rund 1750 Millionen, 1924 rund 1900 Millionen Mark Umsatz hatten und im Jahre 1925 die zweite Milliarde vollends erreichen werden.

Man beachte: Während der private Großhandel in Deutschland allein Tausende selbständige Firmen zählt, bestehen für 20 000 bis 25 000 Konsumgenossenschaften der Welt mit 25 Millionen Familien nur 35 Großeinkaufsgesellschaften — also eine Konzentration des genossenschaftlichen Großhandels, wie sie das privatwirtschaftliche Handelssystem nie zustande bringen kann. Denn dies würde seinem innersten Wesen widersprechen; außerdem aber wäre bei der ungeheuren Anzahl der Großhandelsfirmen und den in der Privatwirtschaft mehr oder weniger vorhandenen und sich auswirkenden nationalen Gegensätzen, Stimmungen und Strömungen eine solche Konzentration ganz unmöglich.

Bei dem gleichartigen Wesen der genossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaften, die sämtlich im Internationalen Genossenschaftsbund vereinigt sind, ist es nur verständlich, daß nach anfänglichen Taterfahrungen der Plan einer internationalen genossenschaftlichen Vantverbindung deutliche Umrisse einer praktischen Verwirklichung annehmen beginnt, um die Warenvermittlung der nationalen Genossenschaftsbewegungen auf internationaler Grundlage zu finanzieren. Was nebenbei auch ein praktisches Element des Völkerfriedens bedeuten wird.

Wenn man bedenkt, daß die englische Genossenschaftsbank in Manchester allein bei einer Einlage von 600 Millionen Reichsmark, die aus Einzelgenossenschaften, Gewerkschaften, Arbeitervereinen usw. stammt, einen Jahresumsatz von 11 Milliarden Reichsmark (11 000 Millionen!) flüssiger Werte notiert, dann ergibt sich eine ungefähre Vorstellung vom Umfang und von der Bedeutung einer internationalen genossenschaftlichen Großbank. Sie wird ganz einfach den internationalen und nationalen Wirtschaftsverkehr der Genossenschaften unabhängig vom Privatkapital machen.

Dazu kommt noch als Wesensverschiedenheit gegenüber dem privaten Großhandel, daß der genossenschaftliche die zentrale Eigenproduktion für die ihm angeschlossenen Einzelgenossenschaften schon in beträchtlichem Umfang aufgenommen hat und auch dadurch einen starken Einfluß auf die Preisbildung ausübt. Die Millionen genossenschaftlich organisierter Verbrauchermassen brauchen nur mit ökonomischem Bewußtsein grundsätzlich die Eigenfabrikate der zuständigen Großeinkaufsgesellschaft zu verlangen, um diesen Einfluß zu verstärken.

Wohin man auch in der genossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung sieht, sie wächst fortwährend, weil ihre organische Entwicklung in den Bedürfnissen und Interessen der Verbrauchermassen wurzelt, deren genossenschaftliche Einzelorganisationen die Grundlage für den genossenschaftlichen Großhandel, das heißt die Großeinkaufsgesellschaften bilden.

Wesen, Umfang und Größe dieser Bewegung zeigen ihre Bedeutung für die kommende genossenschaftliche Volkswirtschaft aller Länder der Welt.

Das schaffende Volk.

Das schaffende Volk ist das lebendige Volk, das Werte schafft. Nicht jedes Tun ist Schaffen. Wer da Berge von Sand mühsam von der einen Stelle zur andern schleppt und von der andern zur andern zurück, der ist tätig und fleißig, aber kein Schaffender. Schaffen verlangt einen Sinn. Es strebt zu einem Ziele; aber zu einem Ziele, das im Schaffen selber begründet ist.

Gewiß mag mancher einzelne auch schaffen für sich. Doch schaffendes Volk ist Volk, das Werte schafft für die Gesamtheit. Die Gesamtheit ist das Ziel, das in der Arbeit des schaffenden Volkes begründet liegt. Und wenn der Kapitalismus den Weg zu diesem Ziele auch verbietet, wenn er den Weg auch im Bogen, über den Profit hinweg, zum Ziele der Gesamtheit leitet: Volk schafft für die Gesamtheit. Volk kann den Weg seiner Produkte zwar im Heute noch nicht hindern; aber des schaffenden Volkes Seele drängt zum geraden Wege zu der sozialen Höhe der Gemeinsamkeit. Die schaffende Seele gilt dem Volke nur.

Ob der einzelne in der Werkstatt schafft oder am Schreibtische, ob er im Bureau sitzt oder ob er Schiffe über das Meer führt, wer da schafft um des Schaffens willen, aus einem großen sozialen Gefühle heraus, der ist vom schaffenden Volke.

Das Schaffen des Volkes trägt deshalb einen großen genialen Gedanken in sich. Schaffendes Volk ist schöpferisches Volk. So wie zum Schöpferium das selbstlose Aufgehen in dem Werke gehört, so gehört auch zum Wesen des schaffenden Volkes das freie Sichschicken an einen Gedanken, an den sozialen Gedanken der Gemeinsamkeit.

Damit liegt im schaffenden Volke eine große Pflicht zur Gestaltung begründet. Die schaffende Seele drängt zum Ziele der Gemeinschaft. Die Seele des schaffenden Volkes verlangt vom Schaffen einen großen sozialen Sinn. Aber die kapitalistische Wirtschaft zwingt das schaffende Volk so oft von dieser großen Auffassung des Schaffens hinweg zum eigenen Kampfe, zum wirtschaftlichen Kampfe um die Existenz. Um das Selbstverständlichste muß noch gerungen werden. Es strebt die Seele auf zum freien Schaffen eines freien Menschen für ein freies Volk. Aber die bleierne Not drückt die strebende Seele hernieder. Der erzwungene Kampf um das eigene Recht lähmt den sozialen Schwung.

Dennoch gibt der erzwungene Kampf um das eigene Recht dem sozialen Schwunge Befreiung. Wer schläft und träumt, der kann niemals eine freie Seele fühlen. Der Kampf ist der Freudeträger der Freiheit, und je stärker der organisatorische Zusammenschluß den Kampf gemacht, um so mehr befreit er den Menschen von all dem Lähmenden, das wirtschaftliche Unterdrückung bedeutet.

Darum darf der wirtschaftliche Kampf um das eigene Recht aber auch niemals Selbstzweck sein. Es muß ein Stück sein der höheren Aufgabe. Er muß sein ein Stück zur sozialen Befreiung des Schaffens. So wie der nicht ein Glied ist des schaffenden Volkes, der nur kapitalistisch denkt und seine Arbeit nur einstellt auf kapitalistische Ziele, so ist auch der kein Glied des schaffenden Volkes, dessen ganzes Sinnen und Denken sich nur um das eigene Ich konzentriert. Der wirtschaftliche Befreiungskampf ist ein Kampf um die Befreiung des schaffenden Volkes, wenn er zugleich die Gestaltung des Lebens zur sozialen Arbeit zum Ziele hat.

Was heute nicht ist, soll morgen werden. Wenn das Wesen des schaffenden Volkes heute noch Streben nach Gemeinschaft ist, so soll die Arbeit von morgen wahrer, ungetrübter Dienst an der Gemeinschaft sein. Ohne den Umweg über den Profit soll das ganze Schaffen direkt dem Ganzen gelten. Das ist aber nur möglich, wenn die Gemeinschaft die Trägerin der Wirtschaft ist.

So bindet sich im schaffenden Volke der Kampf um den Tag mit dem Ringen um den neuen Morgen, und nur, wo diese Einheit von Recht und Aufgabe vorhanden, nur da ist das echte großartige Wesen des schaffenden Volkes.

Wo dieses schöpferische Wesen fehlt, da ist nur Vegetieren. Da ist Stillstand. Da ist Dämmerung. Schaffendes Volk ist ein hoher ethisch-sozialer Begriff. Und wenn Menschen tauendmal „schaffen“, es ist nicht das, was wir stolz schaffendes Volk nennen, wenn diese ethisch-soziale Seele fehlt.

Du und wir alle! Und vorwärts, daß Arbeit Menschentum und Freiheit wird! Das ist die schmelzende Seele des wahren schaffenden Volkes. Und nur wer sich mit ihm verbunden und zu ihm gehörig fühlt, ist ganzer, großer, freier, schöpferischer Mensch.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte betreffend. Wir bitten die Zahlstellenschriftführer, bei Abfassung ihrer Berichte auf die allgemein bekannten Regeln mehr Rücksicht zu nehmen; ebenso auch darauf, daß der Inhalt der Berichte von Allgemeininteresse sein muß. Nicht alle Berichte entsprechen diesen Voraussetzungen. Zahlstellenschriftführer, die ihre Berichte im „Zimmerer“ nicht finden, wissen also, aus welchen Gründen sie fortbleiben. Die uns zugesandten Berichte sollen auch in jedem Falle den Zahlstellenstempel tragen, damit ihre Herkunft verbürgt ist.

Sagen i. W., Kameraden der Bankleiste Serbede. Wir beständigen den Eingang von 168 007 000 M für den notleidenden Erztaiser. Mit der Ueberweisung an den Empfänger gedenken wir zu warten bis nach Erledigung des Volksentscheids, weil wir annehmen, daß dann die Not am größten und Eure Hilfe auch in Doorn am willkommensten sein dürfte.

Berichtungsanzeiger.

Dienstag, den 2. März:

Bitterfeld: Nachmittags 5 Uhr im „Bürgergarten“. — Düsseldorf: Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Flingerstraße. — Halberstadt: Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße. — Jzeho: Abends 8 Uhr bei Sarau, Sandfuhr 8. — Sommerfeld: Gleich nach Feierabend bei Martini, Burgstraße. — Spremberg: Bei Tümmel, Pfostenstraße. — Wittenberg: Nachmittags 5 Uhr bei Ziegler, Töpferstraße.

Mittwoch, den 3. März:

Essen, Bezirk Bottrop: Abends 6 Uhr im Volkshaus, Gladbecker Straße. — Guben: Nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lange Straße. — Nauquard i. Pommern: Abends 8 Uhr bei Bäckermeister Habrecht. — Weiskensfeld: Gleich nach Feierabend im „Pichelsteiner Krug“.

Freitag, den 5. März:

Duisburg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Süderstraße. — Neustadt a. d. Orla: Abends 5 Uhr im „Eiseller“. — Trier: Abends 5½ Uhr bei Meyer, Am Hauptmarkt. — Weibert: Gleich nach Feierabend bei Heimhaus, „Schützenhaus“. — Wiesdorf: Abends 7½ Uhr bei Lorini, Schließbergstraße. — Wittenberge: Abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“, Turmstraße.

Sonnabend, den 6. März:

Braunschweig: Abends 7½ Uhr in „Stadt Felmsiedt“, Schuppenstedter Straße. — Dessau: Gleich nach Feierabend im „Tivoli“. — Dortmund, Bezirk Mengede: Abends 7 Uhr bei Wiemann, Ammenstraße. — Dortmund, Bezirk Lütgendortmund: Abends 7 Uhr im „Bürgerhaus“, Poststraße. — Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Essener und Overwegstraße. — Münster i. W.: Abends 8 Uhr bei Aug. Brinckmann, Krummer Timpen 36. — Oranienburg: Bei Otto Seeger, Mühlstraße.

Sonntag, den 7. März:

Bonn: Vormittags 10 Uhr im „Salzrupchen“, Hundsgasse. — Ditz.-Krone: Nachmittags 2 Uhr bei Gräber, Trift. — Gisleben: Nachmittags 2 Uhr im Volkshaus. — Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt: Vormittags 10 Uhr bei Rotimann, Industriestraße. — Jarmen: In der Herberge. — Lüdenscheid: Vormittags 10 Uhr bei Kölle, Hochstraße. — Marne: — Neuwied: Vormittags 10 Uhr bei Wirty, Marktstraße. — Pinneberg: Nachmittags 3½ Uhr bei Liebe, Herberge. — Reinscheid: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus. — Swinemünde: Nachmittags 3 Uhr bei Tant. — Würzburg: Vormittags 10 Uhr in der „Stadt Mainz“.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Belzig. Am 2. Februar starb nach langem Leiden unser Kamerad Wilhelm Höpfer im Alter von 72 Jahren.

Berlin. Am 3. Februar starb unser Mitglied, Kamerad Bruno Dül (Bezirk 86), im Alter von 52 Jahren an Rippenentzündung.

Bleicherode. Am 4. Januar verunglückte tödlich beim Holzfällen unser Kamerad Alb. Singöl in blühenden Alter von 27 Jahren.

Degow. Am 4. Februar starb nach langem Leiden unser Kamerad Fr. Fallor im Alter von 59 Jahren.

München. Am 5. Februar starb unser alter Kamerad und langjähriges Mitglied Wilhelm Kapp im Alter von 65 Jahren infolge einer Magenoperation.

Pinneberg. Am 16. Januar starb unser Kamerad P. Witt im Alter von 54 Jahren an Magenkrebs.

Plauen. Am 20. Januar starb unser langjähriges Mitglied, Kamerad Albin Schmalfuß im Alter von 44 Jahren.

Reichenbach. Am 8. Februar starb unser Kamerad Alfred Otto im Alter von 23 Jahren.

Ghre ihrem Andenken!

Zahlstelle Duisburg.

Vom 1. März ab befindet sich das Zahlstellenbureau im Gewerkschaftshaus, Beckstr. 61. Geöffnet von 11 bis 1 und von 4 bis 6 Uhr. [3,75 M.] Der Zahlstellen Vorstand.

Zahlstelle Eystrup (Weser).

Achtung, Zahlstellentastierer! Der Zimmerer Hugo Beese, geboren am 17. Dezember 1906 in Lübeck, ist ohne Verbandsbuch und ohne seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Eystrup gegenüber nachzukommen, abgereist. Die Zahlstellentastierer werden gebeten, falls Beese sich in einer Zahlstelle zur Aufnahme melden sollte, ihn nicht eher aufzunehmen, bevor er seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. [6,75 M.]

Zahlstelle Reichenbach i. Vogtl.

Das ungebührliche Benehmen verschiedener Kameraden veranlaßt die Zahlstelle, die Auszahlung von Lokalgeldern einzustellen.

Achtung! Lichtbildervortrag! Achtung!

Sonnabend, den 6. März, abends 7½ Uhr, findet im Volkshaus zu Reichenbach ein Lichtbildervortrag über Kunst und Kunstgeschichte statt.

Während der Pausen: Radiokonzert. Eintritt für Mitglieder 20 M. Frauen und Erwerbslose haben freien Zutritt.

Hierzu werden sämtliche Mitglieder nebst Frauen herzlich eingeladen. [12,75 M.] Der Vorstand.